



**Allgemeine Hinweise zur Durchführung von
Praktika in der Steuerberaterkanzlei**

1. Bedeutung und Zielrichtung von Praktika

Mit diesem **Praktikanten-Paket** soll in erster Linie die Durchführung von ein- oder mehrwöchigen **Schülerpraktika** (Schülerbetriebspraktika) in der Steuerberaterkanzlei unterstützt werden. Diese Praktika sind Teil des Unterrichts in den höheren Klassen der allgemeinbildenden Schulen und dienen der Heranführung der Schüler an die Arbeitswelt und der Berufs- wahlorientierung. Dabei soll es Schülern insbesondere ermöglicht werden,

- Anwendungsbezüge zwischen den Unterrichtsinhalten und berufsbezogenen Aufgaben zu erkennen,
- ein realistisches Verständnis für die Arbeitswelt sowie für wirtschaftliche, technische und gesellschaftliche Zusammenhänge zu entwickeln,
- ihre Eignung für ein bestimmtes Berufsfeld zu erproben,
- berufliche Entwicklungsmöglichkeiten kennenzulernen sowie
- die Bedeutung von Schlüsselqualifikationen, wie z. B. Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Motivation und Teamfähigkeit, zu erkennen und diese weiterzuentwickeln.

Die Erfahrung zeigt, dass bei jungen Menschen ein Praktikum mit ausschlaggebend dafür sein kann, einen bestimmten Beruf zu ergreifen. Es ist daher sehr gut geeignet, nicht nur erste Einblicke in ein Berufsfeld zu geben, sondern auch ein dauerhaftes Interesse hieran zu wecken. Zwar soll dem Praktikanten zunächst eine erste grundlegende Orientierung im Hinblick auf die spätere Berufswahl ermöglicht werden, ein Praktikum kann aber sehr wohl auch zu einem späteren Ausbildungsverhältnis führen. Im Verlauf eines Praktikums sollten daher auf jeden Fall auch die bestehenden Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten dargestellt werden. Der wesentliche Vorteil eines Praktikums ist die Möglichkeit, Bewerber frühzeitig kennenzulernen und deren Qualifikation und Ausbildungseignung zu testen.

Anmerkung: Von einem Schülerpraktikum zu unterscheiden ist ein in der Regel einjähriges sog. **gelenktes Praktikum** zum Erwerb der allgemeinen Fachhochschulreife nach Abschluss des Schulbesuchs und Erreichung des schulischen Teils der Fachhochschulreife. Ein solches Praktikum ist fachlich breiter angelegt. Die jeweiligen Vorgaben der Schulbehörden der Länder sind hierbei zu beachten. Gerade in der Anfangsphase eines derartigen Praktikums kann die Aufgaben- und Fallsammlung aus dem Praktikums-Paket hierfür hilfreich sein. Gleiches gilt für **freiwillige Praktika**.

Für Praktika in Zusammenhang mit überbetrieblichen Umschulungsmaßnahmen zum/zur Steuerfachangestellten oder im Rahmen eines fachbezogenen dualen Studiums bestehen gesonderte Regelungen.

2. Praktikanten gewinnen

Üblicherweise müssen Praktikumsplätze von den Schülern selbst gesucht werden. Auch die Bewerbung beim Praktikumsgeber erfolgt zumeist eigenständig. Der Prozess der Berufswahlorientierung wird allerdings zuvor im Unterricht begleitet, so dass geeignete Berufsfelder und vorhandene Stellenangebote den Lehrern bekannt sein müssen, damit sie hierauf aufmerksam machen können. Nutzen Sie daher zur Gewinnung von Praktikanten persönliche **Kontakte zu Schulleitern und Lehrern**, aber auch die **Ausbildungs- und Praktikumsstellenbörse** auf der Homepage der Steuerberaterkammer. Die Kammer weist Interessenten im Rahmen ihres Ausbildungsmarketings, vor allem bei Ausbildungsmessen und anderen Berufsinformationsveranstaltungen, regelmäßig auf diese Börse hin.

3. Rechtlicher Rahmen

Es wird empfohlen, vor Beginn eines Praktikums eine **Vereinbarung** bzw. bei einem länger dauernden Praktikum einen **Vertrag** entsprechend den beigefügten Mustern zu schließen. Die diesbezüglichen Anforderungen der Schule sind zu beachten, ggf. ist die (zusätzliche) Verwendung der von der Schule vorgegebenen Vordrucke erforderlich.

Ein **Vergütungsanspruch** besteht bei einem Schülerpraktikum nicht. Bei anderen Praktika, bei denen auch eine gewisse Arbeitsleistung erbracht wird, kann eine entsprechende Vergütung sinnvoll und motivationsfördernd sein. Orientierungshilfe können dabei ggf. die Ausbildungsvergütungssätze sein, wobei Praktikumsvergütungen üblicherweise darunter liegen. Bei Schülerpraktikanten handelt es sich in der Regel um Jugendliche, so dass die besonderen Schutzvorschriften, insbesondere des **Jugendarbeitsschutzgesetzes** (JArbSchG) zu beachten sind, vor allem hinsichtlich Arbeits- und Pausenzeiten.

Arbeitszeit: Beschäftigung maximal an fünf Tagen in der Woche, nicht mehr als acht Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich; bei verkürzter Arbeitszeit an einem Tag der Woche ggf. an den übrigen Tagen dieser Woche auch achteinhalb Stunden; i.d.R. keine Beschäftigung an Samstagen sowie Sonn- und Feiertagen (§§ 8 und 15 ff).

Pausen: mindestens 30 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als viereinhalb bis sechs Stunden, 60 Minuten bei mehr als sechs Stunden (§ 11).

Im Übrigen gelten die weiteren einschlägigen Vorschriften des Arbeitsrechts, des Arbeitsschutzrechts und des Sozialversicherungsrechts.

Zu Beginn des Praktikums sollten die besonderen rechtlichen Rahmenbedingungen und die sich hieraus ergebenden Anforderungen einer Steuerberaterkanzlei sowie weitere kanzleibezogene Besonderheiten und Regelungen erläutert werden. Ergänzend zu der Praktikumsvereinbarung bzw. dem Praktikumsvertrag (ein entsprechender Passus ist in den Mustervordrucken berücksichtigt) sollten die kanzleüblichen **Erklärungen zur Verschwiegenheit** und zum **Datenschutz** unterzeichnet werden.

4. Zeitlicher und inhaltlicher Verlauf

Einem Schülerpraktikum sollte ein **in zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht strukturierter Ablaufplan** zu Grunde gelegt werden. Der beigefügte Muster-Praktikumsplan ist dabei als Orientierungshilfe gedacht und kann an die Verhältnisse und Möglichkeiten der jeweiligen Kanzlei angepasst werden. Die inhaltlichen Vorschläge orientieren sich an den in der Steuerberaterkanzlei üblichen Tätigkeiten und Arbeitsabläufen mit dem Ziel, eine sinnvolle, berufsbezogene Beschäftigung zu ermöglichen. Gleichzeitig sind sie so gestaltet, dass sie seitens des Praktikanten Lernbereitschaft und Einsatzwillen erfordern. Auswahl, Umfang und Intensität der vorgesehenen Tätigkeiten können je nach Art und Dauer des Praktikums sowie der Befähigung des Praktikanten variieren. Etwaige Vorgaben seitens der Schule sind zu berücksichtigen.

Die mit diesem Praktikums-Paket bereitgestellte **Aufgaben- und Fallsammlung** soll es ermöglichen, den Praktikanten mit praxisgetreuen Arbeiten zu beschäftigen, ohne dass hierzu vertrauliche Original-Mandantenunterlagen und -daten verwandt werden müssen.

5. Einbindung des Praktikanten in die Kanzlei

Der Einsatz des Praktikanten in den in Frage kommenden Bereichen und die Erstellung des konkreten Praktikumsplans sollte rechtzeitig mit den jeweiligen Mitarbeitern abgestimmt werden, in deren Arbeitsbereich der Praktikant tätig werden soll. Der Praktikant sollte möglichst einem **Ansprechpartner** (Bezugsperson) fest zugeordnet werden. Sofern in der Kanzlei **Auszubildende** beschäftigt werden, sollte die Zusammenarbeit mit dem Praktikanten gefördert werden, da der Zugang zu den Gepflogenheiten der Kanzlei und den übertragenen Tätigkeiten über Personen, die in etwa derselben Altersgruppe angehören und ebenfalls noch im Lernprozess stehen, oftmals leichter fällt. Es empfiehlt sich, für den Praktikanten einen **geeigneten Arbeitsplatz** mit der erforderlichen technischen Ausstattung vorzusehen, an dem er durchgängig tätig sein kann.

Gerade in den ersten Tagen des Praktikums kann es erforderlich sein, der Unsicherheit und Nervosität des Praktikanten, der seine ersten Schritte und Erfahrungen im Arbeitsalltag macht, mit Nachsicht zu begegnen. So sollte der Praktikant vor allem ermutigt werden, Nicht-verstandenes unmittelbar nachzufragen. Ein kurzes Feed-back-Gespräch am Ende eines Tages kann für beide Seiten hilfreich sein.

Denkbar ist, dass der Praktikant neben der Bearbeitung bestimmter fachlicher Aufgaben auch z.B. an Mitarbeiterbesprechungen teilnimmt, um einen Einblick in den **kommunikativen Teil** der beruflichen Tätigkeit zu erhalten.

6. Praktikumsbericht, Praktikumsbescheinigung und –zeugnis

Sofern nicht ohnehin seitens der Schule vorgesehen, erscheint es zur Unterstützung des Lernprozesses sinnvoll, dass der Praktikant über die jeweiligen Einsatzbereiche und seine dortigen Tätigkeiten einen **kurzen Bericht verfasst**. Am Ende des Praktikums sollten die beteiligten Mitarbeiter dem Kanzleiinhaber ein Feedback zur Leistung des Praktikanten geben. Hiervon ausgehend kann dann die **Praktikumsbescheinigung / das Praktikumszeugnis** ausgestellt

werden. Ebenso sollte der Praktikant um eine kurze schriftliche Beurteilung des Praktikums gebeten werden. Auch hierfür sind Muster-Vordrucke beigelegt, ggf. ist die Verwendung der von der Schule vorgegebenen Vordrucke erforderlich.

7. Hinweise auf Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten

Dem Praktikanten sollten während des Praktikums die **Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten** im steuerberatenden Beruf unter Verwendung des Informationsmaterials der Kammer (Flyer, Internetseite www.mehr-als-du-denkst.de) im Einzelnen vorgestellt werden. Teilen Sie dem Praktikanten bei Eignung auch mit, ob und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt ein Ausbildungsplatz von der Kanzlei vergeben wird und in welcher Form er sich hierfür bewerben kann. Weisen Sie ansonsten auf die Ausbildungsstellen-Börse auf der Homepage der Kammer hin. Wenn ein späteres Ausbildungsverhältnis beabsichtigt ist, sollte der Ausbildungsvertrag so früh wie möglich geschlossen werden, um beiden Seiten die erforderliche Sicherheit zu geben.

Vereinbarung über ein Schülerpraktikum

zwischen

Vor- und Nachname des/der Praktikanten/in

geboren am

Anschrift

und

Name des Steuerberaters/der Gesellschaft (nachfolgend Praktikumsgeber)

Anschrift

Allgemeines

Bei diesem Praktikum handelt es sich um ein Schülerpraktikum zur Berufswahlorientierung im Rahmen eines schulischen Bildungsganges. Der/die Praktikant/in soll hierdurch berufsspezifische Arbeitsabläufe kennen lernen und dabei eigene berufliche Fertigkeiten erproben.

Praktikumsdauer

Die Dauer des Praktikums beträgt _____ Wochen.

Es beginnt am _____

und endet am _____, ohne dass es einer ausdrücklichen Kündigung bedarf.

Pflichten

Der Praktikumsgeber verpflichtet sich,

- die zur Erreichung des Praktikumsziels erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten entsprechend dem beiliegenden Praktikumsplan zu vermitteln;
- neben den allgemeinen arbeitsrechtlichen und arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften, insbesondere auch die zum Jugendarbeitsschutz zu beachten;
- am Ende des Praktikums eine Praktikumsbescheinigung/-zeugnis auszustellen.

Es besteht keine Verpflichtung zur späteren Übernahme des/der Praktikanten/in in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis.

Der/die Praktikant/in verpflichtet sich,

- Anleitungen und Weisungen zu befolgen, die übertragenen Aufgaben sorgfältig und gewissenhaft auszuführen und sich zu bemühen, das Praktikumsziel zu erreichen;
- rechtliche und kanzleiinterne Regelungen und Verpflichtungen, über die er/sie zu Beginn belehrt worden ist, zu beachten;
- die besonderen Vorschriften bezüglich des Datenschutzes und der Verschwiegenheit während der Zeit des Praktikums und auch der Zeit danach einzuhalten [ggf. Verweis auf gesonderte Erklärung];
- den Praktikumsgeber im Fall der Arbeitsverhinderung unverzüglich zu informieren sowie im Krankheitsfall eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung einzureichen und die Schule hierüber zu informieren.

Arbeitszeit und Pausen

Unter Berücksichtigung der diesbezüglichen arbeitsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz beträgt die Arbeitszeit

täglich _____, wöchentlich _____ Stunden.

Die Pausenzeiten sind wie folgt geregelt:

täglich _____ Minuten, in der Zeit von _____ bis _____ Uhr.

Vergütung und Urlaub

Ein Anspruch auf Vergütung und Urlaub besteht nicht.

Sonstige Vereinbarungen

Ort, Datum

Stempel/Unterschrift Praktikumsgeber

Unterschrift Praktikant/in

Unterschrift gesetzliche/r Vertreter

Praktikumsvertrag

zwischen

Vor- und Nachname des/der Praktikanten/in

geboren am

Anschrift

und

Name des Steuerberaters/der Gesellschaft (nachfolgend Praktikumsgeber)

Anschrift

Allgemeines

Ziel des Praktikums: _____

Praktikumsdauer

Die Dauer des Praktikums beträgt _____ Wochen/Monate.

Es beginnt am _____

und endet am _____

Probezeit

Die Probezeit beträgt _____ Wochen.

Beendigung/Kündigung

Das Praktikum endet nach Ablauf der vereinbarten Zeit, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf. Eine Kündigung aus wichtigem Grund ist beiden Vertragsparteien jederzeit möglich; sie muss schriftlich erfolgen.

Pflichten

Der Praktikumsgeber verpflichtet sich,

- die zur Erreichung des Praktikumsziels erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten entsprechend dem beiliegenden Praktikumsplan zu vermitteln;
- neben den allgemeinen arbeitsrechtlichen und arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften insbesondere die zum Jugendarbeitsschutz zu beachten;
- [Sofern zutreffend] den/die Praktikanten/in für die Teilnahme an begleitenden Bildungsmaßnahmen freizustellen;
- am Ende des Praktikums eine Praktikumsbescheinigung/-zeugnis auszustellen.

Es besteht keine Verpflichtung zur späteren Übernahme des/der Praktikanten/in in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis.

Der/die Praktikant/in verpflichtet sich,

- Anleitungen und Weisungen zu befolgen, die übertragenen Aufgaben sorgfältig und gewissenhaft auszuführen und sich zu bemühen, das Praktikumsziel zu erreichen;
- rechtliche und kanzeiinterne Regelungen und Verpflichtungen, über die er/sie zu Beginn belehrt worden ist, zu beachten;
- die besonderen Vorschriften bezüglich des Datenschutzes und der Verschwiegenheit während der Zeit des Praktikums und auch der Zeit danach einzuhalten [ggf. Verweis auf gesonderte Erklärung];
- den Praktikumsgeber im Fall der Arbeitsverhinderung unverzüglich zu informieren sowie im Krankheitsfall eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung einzureichen.

Arbeitszeit

Die tägliche Arbeitszeit beträgt unter Berücksichtigung der diesbezüglichen arbeitsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz

täglich _____ und wöchentlich _____ Stunden.

Die Pausenzeiten sind wie folgt geregelt:

täglich _____ Minuten, in der Zeit von _____ bis _____ Uhr.

[Sofern zu vereinbaren] **Vergütung**

Der/die Praktikant/in erhält eine monatliche Vergütung von _____ Euro.

[Sofern zu vereinbaren] **Urlaub**

Der Urlaub beträgt _____ Tage für jeden vollen Monat des Bestehens des Praktikums. Die Belange der Kanzlei und des/der Praktikanten/in sind bei der Festlegung des Urlaubs zu berücksichtigen.

Sonstige Vereinbarungen

Ort, Datum

Stempel/Unterschrift Praktikumsgeber

Unterschrift Praktikant/in

Unterschrift gesetzliche/r Vertreter

Praktikumsplan

Tag	Datum	Mögliche Themen / Aufgaben	Erledi- gungs- vermerk	Bemerkungen
1.		Begrüßung, Vorstellung, Einweisung Rechtliche Rahmenbedingungen kennenlernen (StBerG, Verschwiegenheit, Datenschutz) Allgemeine Büroarbeiten erledigen (z.B. Unterlagen sortieren und ablegen, kopieren, schreddern) [Fortsetzung an den folgenden Tagen]		
2.		Kommunikationsmittel kennenlernen und einsetzen (Telefon, Fax, E-Mail) Postein- und -ausgang bearbeiten [Fortsetzung an den folgenden Tagen] Bearbeitung Musterfall ...		
3.		Bearbeitung Musterfall ...		
4.		Bearbeitung Musterfall ...		
5.		Bearbeitung Musterfall ...		
6.		Bearbeitung Musterfall ...		
7.		Bearbeitung Musterfall ...		
8.		Bearbeitung Musterfall ...		
9.		Bearbeitung Musterfall ...		
10.		Bearbeitung Musterfall ... Ausfüllen des Feedback-Bogens, Abschlussgespräch, Information über Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten, Aushändigung der Praktikumsbescheinigung		

1. Allgemeine Aufgaben

- Post / Unterlagen / Akten sortieren und verteilen
- Bestellungen von Büromaterial organisieren
- Erledigungen bei Banken, Post und Behörden vornehmen
- Mitarbeit am Empfang / Telefonzentrale
- Anschreiben entwerfen bzw. erstellen
- Einscannen von Dokumenten
- Präsentationen vorbereiten
- (EXCEL-)Tabellen erstellen
- Lernprogramme (z. B. der DATEV) selbstständig durcharbeiten einschl. entsprechender Übungen
- Recherchen in fachbezogenen Datenbanken vornehmen

2. Finanzbuchführung

- Eingangs-/Ausgangsrechnungen nach USt-Sätzen und weiteren Merkmalen unterscheiden, vorsortieren und ggf. scannen
- Rechnungen auf Ordnungsmäßigkeit prüfen
- Belege den Kontoauszügen zuordnen
- Leichte Buchungen per EDV durchführen (z. B. Eingangs- und Ausgangsrechnungen) / Stapelverarbeitung
- OPOS kontieren und ggf. eingeben
- Vorkontierte Belege eingeben
- Personenkonten abstimmen
- Kontenaufteilungen vornehmen
- Kontenblätter einsortieren
- Wareneingangsbücher prüfen und durchrechnen und das Ergebnis mit der BWA vergleichen
- Journale und Nebenbücher berechnen
- Monats- bzw. Quartalszusammenstellungen fertigen
- Umsatzsteuer-Voranmeldungen per Hand erstellen

3. Lohnbuchführung

- Lohnabrechnungen einsortieren
- Formulare ausfüllen / Erstellen diverser Bescheinigungen
- Leichte Lohnsteuer-Fälle mit Hilfe des entsprechenden Formulars oder am PC bearbeiten
- Daten von LOHN mit REWE abstimmen
- Lohnauswertungen einsortieren
- Anträge auf LFZ ausfüllen
- Arbeitsnachweise ausfüllen

4. Jahresabschlussarbeiten

- Inventuren nachrechnen
- Vorträge und Jahresverkehrszahlen eingeben
- Konten durchsehen, aufschlüsseln und nach Maßgabe des Vorjahres sortieren
- Debitoren und Kreditoren abstimmen
- Konten ausdrucken und der FIBU zuordnen
- Jahresabschluss-Berichte Korrektur lesen und nachrechnen
- Jahresabschluss-Berichte kopieren/bindern

5. Steuererklärungen/-bescheide

- Veranlagungszeiträume feststellen (Steuer-Kontrollblätter führen)
- Erfassung von einfachen Steuererklärungen
- Belege (vor-)sortieren
- Vorbereitung der Steuererklärungen (z. B. Erstellen von individuellen Anlagen)
- Vorprüfung von Steuerbescheiden
- Selbstständiges Studium von Mandantenakten

Praktikumsbescheinigung/-zeugnis

Herr/Frau _____

hat in der Zeit vom _____ bis _____

in unserem Hause ein Schülerpraktikum absolviert.

Tätigkeitsbereiche:

Übertragene Aufgaben:

Beurteilung:

Kriterien	Bewertung nach Schulnoten
Umgangsformen	
Verhalten gegenüber Vorgesetzten/Mitarbeitern	
Zuverlässigkeit/Gewissenhaftigkeit	
Einsatzbereitschaft	
Auffassungsgabe	
Selbstständigkeit	
Arbeitstempo	
Sachgerechter Umgang mit Arbeitsmitteln (z.B. EDV)	
Arbeitsergebnisse	
Fachliche Eignung	

Besondere Fähigkeiten/sonstige Bemerkungen:

Eignungsempfehlung für eine Ausbildung im Bereich:

Ort, Datum

Unterschrift / Stempel

Feedback-Bogen zum Praktikum

(auszufüllen durch den/die Praktikanten/in)

Name des/der Praktikant/in: _____

	++	+	0	-
<i>Allgemeines</i>	Bitte ankreuzen			
Inwieweit entsprach das Praktikum insgesamt Ihren Vorstellungen?				
Wie hilfreich war das Praktikum bei der Berufswahlorientierung?				
Wie groß ist Ihr Interesse an einer Ausbildung zum/zur Steuerfachangestellten?				
<i>Verlauf des Praktikums</i>				
Wie waren Sie mit der Betreuung zufrieden?				
Wie interessant fanden Sie die Ihnen gestellten Aufgaben?				
Inwieweit konnten Sie die Ihnen gestellten Aufgaben erfüllen?				
<i>Schulische Vorbereitung</i>				
Wie beurteilen Sie die Vorbereitung in der Schule auf das Praktikum?				
Inwieweit konnten Sie Ihr schulisches Wissen in der Praxis anwenden?				
Wie gut war die Zusammenarbeit zwischen Schule und Kanzlei?				

Was hat Ihnen im Rahmen des Praktikums besonders gut gefallen?

Was hätten wir anders machen sollen?

Ort, Datum

Unterschrift Praktikant/in

Praktikantenunterlage

zur Erstellung einer einfachen Einkommensteuererklärung (Arbeitnehmerveranlagung)

Die Unterlage enthält folgende Bestandteile:

- Aufgabenstellung (Aktennotiz mit Aufgabenbeschreibung)
- Belege 1 bis 8
 - Beleg 1: Lohnsteuerbescheinigung
 - Beleg 2: private Haftpflicht
 - Beleg 3: Hausratversicherung
 - Beleg 4: KfZ-Versicherung
 - Beleg 5: Zuwendungsbescheinigung
 - Beleg 6: Fortbildung
 - Beleg 7: Fachliteratur, private Lebensführung
 - Beleg 8: Handwerkerrechnung
- Steuerbescheid aus dem Vorjahr mit Kirchensteuererstattung
- Mandantenstammlblatt mit den wichtigsten persönlichen Daten und weiteren notwendigen Angaben, die aus den Belegen nicht ersichtlich sind
- Hilfestellung (als Lösungshilfe gedacht, wenn die Praktikantin bzw. der Praktikant alleine nicht weiter kommt und gerade niemand helfen kann)
- Musterlösung (mit freundlicher Unterstützung von DATEV eG erstellt)
 - Formulare ESt1A, Anlage N, Anlage Vorsorgeaufwand
 - Berechnungslisten: Berechnungsliste lang, Werbungskosten Anlage N, Sonderausgaben, Ermittlung der festzusetzenden Einkommensteuer

Die Unterlage ist dazu gedacht und geeignet, dass Praktikanten sich weitgehend selbständig mit der Erstellung einer einfachen Steuererklärung beschäftigen können.

Weitere Erläuterungen, Interpretationen, Fragen etc. können gemeinsam mit dem Berater geklärt werden.

Die Unterlage selbst ist aus einem Berufsschulprojekt entstanden, zu dem es auch eine umfangreichere Schulungsunterlage der DATEV eG gibt. Es handelt sich hierbei um eine vereinfachte Version, um die Aufgabe für Praktikanten lösbar zu machen.

Hilfestellung

Folgende Formulare und Seiten werden für die Einkommensteuererklärung der Mandantin benötigt:

Mantelbogen (ESt1A)

- Seite 1: Allgemeine Angaben
Persönliche Daten des Mandanten
- Seite 2: Sonderausgaben
 - die gezahlte Kirchensteuer wird automatisch aus den Eingaben der Lohnsteuerbescheinigung übernommen
 - erstattete Kirchensteuer
 - Spenden
- Seite 3:
 - haushaltsnahe Handwerkerleistungen

Anlage N

- Seite 1: Angaben zum Arbeitslohn
Die Angaben aus der Lohnsteuerbescheinigung können automatisch übernommen werden, wenn sie in die Eingabemaske „Lohnsteuerbescheinigung“ eingegeben wurden.
- Seite 2: Werbungskosten
 - Fahrten Wohnung-Arbeitsstätte
 - Fachliteratur
 - Kontoführungsgebühren
 - Fortbildungskosten
 - o Seminargebühren
 - o Fahrtkosten
 - o Verpflegungsmehraufwand

Anlage Vorsorgeaufwand

- Seite 1: Beiträge zur Altersvorsorge sowie zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung
 - die Angaben aus der Lohnsteuerbescheinigung können automatisch übernommen werden, wenn sie in die Eingabemaske „Lohnsteuerbescheinigung“ eingegeben wurden
 - es besteht ein Anspruch auf steuerfreie Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (Zeile 11)
- Seite 2: Weitere sonstige Vorsorgeaufwendungen
 - steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse können automatisch aus der Eingabemaske „Lohnsteuerbescheinigung“ übernommen werden
 - es sind nur die im Formular aufgeführten Versicherungen abzugsfähig, alle anderen nicht

Allgemeiner Hinweis:

Sofern die Formulare nur das Eintragen ganzer Eurobeträge zulassen, wird grundsätzlich zugunsten des Mandanten gerundet; d.h. Einnahmen werden abgerundet und Ausgaben aufgerundet!

Aktennotiz

Absender: STB

Datum: ... 2012

Empfänger: Praktikantin/Praktikant

Mit der Bitte um: Erledigung bis zum ... 2012

Liebe Praktikantin, lieber Praktikant,

anbei findest du die Unterlagen unserer Mandantin Anke Maiwald (8 Belege, den Steuerbescheid aus dem Vorjahr sowie einen Ausdruck unseres Mandantenstammblasses).

Bis zum 31.12.2012 muss die Einkommensteuererklärung 2012 abgegeben werden.

Da wir alle mit Arbeit überlastet sind, bekommst du die Aufgabe übertragen, für die Mandantin die Einkommensteuererklärung zu erstellen.

Bitte verwende hierfür unser Einkommensteuerprogramm. Folgende Formulare benötigst du:

- Mantelbogen (Formular ESt1A)
- Anlage N
(die Daten der Lohnsteuerbescheinigung bitte über die Eingabemaske „Lohnsteuerbescheinigung“ erfassen und eine Datenübernahme in die Anlage N vornehmen)
- Anlage Vorsorgeaufwand

Falls du Schwierigkeiten bei der Eingabe hast, wende dich bitte an deine Kollegen oder benutze die „Hilfestellung“. Es wäre aber schön, du würdest es zunächst allein versuchen!

Wenn du fertig bist, drucke bitte die Formulare sowie folgende Listen aus: Berechnungsliste lang, Werbungskosten Anlage N, Sonderausgaben und Ermittlung der festzusetzenden Einkommensteuer (Steuerermäßigungen).

Viel Erfolg und Spaß bei der Erstellung deiner ersten Einkommensteuererklärung wünscht dir

Steuerberater

Ausdruck der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung für 2011

Nachstehende Daten wurden maschinell an die Finanzverwaltung übertragen.

Beleg 1

P 48147 Münster

Frau

Anke Maiwald

Gartenstraße 23a

48147 Münster

Datum: 18.01.2012

eTIN: MWLDNKEA86G03D

Identifikationsnummer:

Geburtsdatum: 03.07.1986

Transferticket:

Dem Lohnsteuerabzug wurden zugrunde gelegt

Steuerklasse/Faktor	vom	bis
1	01.01.	31.12.

Zahl der Kinderfreibeträge	vom	bis
0	01.01.	31.12.

Jahreshinzurechnungsbetrag	vom	bis

Kirchensteuermerkmale	vom	bis
rk	01.01.	31.12.

AGS: 5340052

Anschrift des Arbeitgebers:

Autohaus Frisch GmbH & Co. KG

Daimlerweg 111

45655 Recklinghausen

1. Dauer des Dienstverhältnisses	vom - bis 01.01. - 31.12.	
2. Zeiträume ohne Anspruch auf Arbeitslohn	Anzahl "U"	
Großbuchstaben (S, F)		
	EUR	Ct
3. Bruttoarbeitslohn einschl. Sachbezüge ohne 9. und 10.	26.303	80
4. Einbehaltene Lohnsteuer von 3.	3.261	00
5. Einbehaltener Solidaritätszuschlag von 3.	179	35
6. Einbehaltene Kirchensteuer des Arbeitnehmers von 3.	291	87
7. Einbehaltene Kirchensteuer des Ehegatten von 3. (nur bei konfessionsverschiedener Ehe)		
8. In 3. enthaltene Versorgungsbezüge		
9. Ermäßigt besteuerte Versorgungsbezüge für mehrere Kalenderjahre		
10. Ermäßigt besteuertes Arbeitslohn für mehrere Kalenderjahre (ohne 9.) und ermäßigt besteuerte Entschädigungen		
11. Einbehaltene Lohnsteuer von 9. und 10.		
12. Einbehaltener Solidaritätszuschlag von 9. und 10.		
13. Einbehaltene Kirchensteuer des Arbeitnehmers von 9. und 10.		
14. Einbehaltene Kirchensteuer des Ehegatten von 9. und 10. (nur bei konfessionsverschiedener Ehe)		
15. Kurzarbeitergeld, Zuschuss zum Mutterschaftsgeld, Verdienstausfallentschädigung (Infektionsschutzgesetz), Aufstockungsbetrag und Altersteilzeitzuschlag		
16. Steuerfreier Arbeitslohn nach	Doppelbesteuerungsabkommen Auslandstätigkeitserlass	
17. Steuerfreie Arbeitgeberleistungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte		
18. Pauschalbesteuerte Arbeitgeberleistungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte		
19. Steuerpflichtige Entschädigungen und Arbeitslohn für mehrere Kalenderjahre, die nicht ermäßigt besteuert werden - in 3. enthalten		
20. Steuerfreie Versorgungszuschüsse bei Auswärtstätigkeit		
21. Steuerfreie Arbeitgeberleistungen bei doppelter Haushaltsführung		
22. Arbeitgeberanteil	a) zur gesetzlichen Rentenversicherung b) an berufsständische Versorgungseinrichtungen	2.617 23
23. Arbeitnehmeranteil	a) zur gesetzlichen Rentenversicherung b) an berufsständische Versorgungseinrichtungen	2.617 23
24. Steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse zur Krankenversicherung und Pflegeversicherung		
25. Arbeitnehmerbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung	1.999	03
26. Arbeitnehmerbeiträge zur sozialen Pflegeversicherung	322	21
27. Arbeitnehmerbeiträge zur Arbeitslosenversicherung	368	24
28. Nachgewiesene Beiträge zur privaten Krankenversicherung und Pflege-Pflichtversicherung		
29. Bemessungsgrundlage für den Versorgungsfreibetrag zu 8.		
30. Maßgebendes Kalenderjahr des Versorgungsbeginns zu 8. und/oder 9.		
31. Zu 8. bei unterjähriger Zahlung: Erster und letzter Monat, für den Versorgungsbezüge gezahlt wurden		
32. Sterbegeld: Kapitalauszahlungen/Abfindungen und Nachzahlungen von Versorgungsbezügen - in 3. und 8. enthalten		
33. Ausgezahltes Kindergeld		
Finanzamt, an das die Lohnsteuer abgeführt wurde (Name und viertellige Nr.)		
Recklinghausen		5340

Beleg 2

PROVINZIAL

Westfälische Provinzial
Versicherung der Sparkassen

003/04/023858/21

07.11 0.55
AZ.3.4725143415332

Frau
Anke Maiwald
Gartenstraße 23a

48147 Münster

Es betreut Sie Geschäftsstelle Elferich & Peitz
Piusallee 183
48147 Münster
Telefon (0251) 2302825, 26
Telefax (0251) 236361

Münster, 28. Juli 2011

Lastschriftmitteilung - bitte nicht überweisen -

Auf Grund der uns von Ihnen vorliegenden Lastschrifteinzugsermächtigung buchen wir im August 2011 den nachstehenden Gesamtbetrag von Ihrem Konto 176011012, Bankleitzahl 40050150 ab:

Versicherungsnummer Bitte stets angeben	Berechnungszeitraum Vertragsinhalte	Beitrag €	Vers.-Steuer €	Gesamtbetrag €
H 36440873/5333	01.08.2011 - 01.08.2012 Haftpflichtversicherung Privathaftpflicht Prämie	67,20	10,75	77,95
Abbuchungsbetrag				77,95

Die Lastschriftmitteilung gilt auch dem Finanzamt gegenüber als Nachweis. Bitte berücksichtigen Sie die wichtigen Kundeninformationen auf der Rückseite.

Westfälische Provinzial-Feuersozietät
Versicherung der Sparkassen

Provinzial-Allee 1
48131 Münster
Telefon: 0251/219-0
Telefax: 0251/219.2300
Internet: www.provinzial.de

Rechtsform
Anstalt des öffentlichen Rechts
Sitz: Münster
Vorsitzender des Verwaltungsrates:
Wolfgang Schäfer

Vorstand
Dr. Heiko Winkler, Vorsitzender
Rainer de Backere, Gerd Borggrebe,
Dieter Heumann, Dr. Hans-H. Kasten,
Hans-Peter Kosmilder, Gerd Ottmar

Bankverbindungen
Westdeutsche Landesbank Münster
(BLZ 400 500 00) Konto 60 426
Postbank Dortmund
(BLZ 440 100 46) Konto 11160

Beleg 3**PROVINZIAL**Westfälische Provinzial
Versicherung der Sparkassen

003/04/023858/21

07.11 0,55
AZ.3.4725143415332Frau
Anke Maiwald
Gartenstraße 23a

48147 Münster

Es betreut Sie

Geschäftsstelle Elferich & Peitz

Piusallee 183
48147 Münster

Telefon

(0251) 2302825, 26

Telefax

(0251) 236361

Münster, 28. Juni 2011

Lastschriftmitteilung - bitte nicht überweisen -

Auf Grund der uns von Ihnen vorliegenden Lastschrifteinzugsermächtigung buchen wir im August 2011 den nachstehenden Gesamtbetrag von Ihrem Konto 176011012, Bankleitzahl 40050150 ab:

Versicherungsnummer Bitte stets angeben	Berechnungszeitraum Vertragsinhalte	Beitrag €	Vers.-Steuer €	Gesamtbetrag €
G 36440873/4280	01.07.2011 - 01.07.2012 Hausratversicherung Wert € 25.000,00 Entschädigungsgrenze für Wertsachen 20 % Beachten Sie bitte die Aufbewahrungsvorschriften für Wertsachen Entschädigungsgrenze für Fahrraddiebstahl 1 %	70,40	11,26	81,66
Abbuchungsbetrag				81,66

Die Lastschriftmitteilung gilt auch dem Finanzamt gegenüber als Nachweis. Bitte berücksichtigen Sie die wichtigen Kundeninformationen auf der Rückseite.

Westfälische Provinzial-Feuersozietät
Versicherung der SparkassenProvinzial-Allee 1
48131 Münster
Telefon: 0251/219-0
Telefax: 0251/219.2300
Internet: www.provinzial.deRechtsform
Anstalt des öffentlichen Rechts
Sitz: Münster
Vorsitzender des Verwaltungsrates:
Wolfgang SchäferVorstand
Dr. Heiko Winkler, Vorsitzender
Rainer de Backere, Gerd Borggrebe,
Dieter Heumann, Dr. Hans-H. Kasten,
Hans-Peter Kosmilder, Gerd OttmarBankverbindungen
Westdeutsche Landesbank Münster
(BLZ 400 500 00) Konto 60 426
Postbank Dortmund
(BLZ 440 100 46) Konto 11160

Beleg 4

Alte Leipziger Versicherung Aktiengesellschaft
 Alte Leipziger Unternehmensverbund

ALTE LEIPZIGER

10000001079000

6*11 10531 0321 010 813 330 00 201

Frau
 Anke Maiwald
 Gartenstraße 23a

	Tarif	Beitr.- Satz %	Versicherungs- Beitrag
068359			
HAFTPFLICHT	548,60	085	466,31
FZG. VOLL	588,20	085	499,97

48147 Münster

Bitte zahlen Sie €

966,28

Bitte bei Zahlungen angeben, wenn Sie nicht das vorbereitete Zahlungsformular verwenden

BEITRAGSRECHNUNG		Versicherung KRAFTFAHRT			Nummer 07-10531 0321			fällig am 01.01.11		für EIN JAHR	
Amtliches Kennzeichen	Wagnis- Art	Stärke	Tarifgruppe/Regionalkl.			Typ-Klasse			Beitragsklasse		Beitragsangl. (%) F
			H	F bish.	F neu	H	F bish.	F neu	Haftpfl.	Fahrzeug-Voll	
MS-AM-888	PKW	066 KW	P2		P2	19		20	SF 11	SF 11	

Sehr geehrte Frau Maiwald,

zum neuen Jahr wünscht Ihnen Ihre ALTE LEIPZIGER alles Gute.

Diese Rechnung wird berichtigt, wenn Schäden in der Zeit zwischen Druck der Rechnung und dem 1.1. gemeldet oder bereits gemeldete Schäden ohne Schadenaufwendungen geschlossen wurden.

Bitte beachten Sie auch folgende Hinweise:

Für die Zulassung eines Kraftfahrzeuges benötigen Sie stets eine ‚Versicherungsbestätigung‘. Fordern Sie diese rechtzeitig bei Ihrem Vertreter oder Ihrer zuständigen Regionaldirektion an.

Wenn Sie ein Kraftfahrzeug verkaufen, so melden Sie dies bitte nicht nur Ihrem Versicherer, sondern auch der Zulassungsstelle, damit Ihnen keine Nachteile entstehen, wenn der Erwerber die Ummeldung versäumt. Unser Mitarbeiter hilft Ihnen gerne.

Mit freundlichen Grüßen

Alte Leipziger Versicherung
 Aktiengesellschaft

Förderservice – Greenpeace e.V. – 22745 Hamburg

Tel. – 040 / 306 18 – 222
Fax. – 040/ 306 18 – 221
Email – mail@greenpeace.de
Internet – www.greenpeace.de

Frau

SB-Nr.: 020036857
Förder-Nr.: 5206534232

Anke Maiwald
Gartenstraße 23a
48147 Münster

Hamburg, den 13.02.11

Bestätigung über Zuwendungen an Greenpeace e.V. – Zuwendungsbescheinigung –
Spendenbetrag € *****150,00 im Jahr 2011

1. Wir sind nach dem letzten uns zugestellten Steuerbescheid (Freistellungsbescheid) des Finanzamtes für Körperschaften in Hamburg-Ost vom 24.10.09, St-Nr. 17/423/02357 wegen Förderung des Natur-, Tier- und Umweltschutzes als gemeinnützigen Zwecken dienend anerkannt und nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer befreit.
2. Wir bestätigen, dass wir den uns zugewandten Betrag ausschließlich für die satzungsmäßigen und als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke im Sinne der Nummern 16, 18 und 24 der Anlage 7 zu den Einkommensteuerrichtlinien / Anlage 3 der Lohnsteuerrichtlinien verwenden werden.

Entsprechend der satzungsmäßigen Zwecksetzung des Vereins werden Mittel auch an Stichting Greenpeace Council mit Sitz in Amsterdam, Niederlande, zur Verwendung für steuerbegünstigte Zwecke weitergeleitet. Ebenfalls werden Mittel für solche inländischen steuerbegünstigten Körperschaften beschafft und an diese für steuerbegünstigte Zwecke weitergeleitet, sofern deren Zwecksetzung ebenfalls den Greenpeace (§ 2 der Vereinssatzung) entspricht.

3. Wir sind nach Abschnitt 111, Abs. 2, Nr. 21 der Einkommensteuerrichtlinien berechtigt, steuerbegünstigte Spenden unmittelbar in Empfang zu nehmen.

Monika Müller

Monika Müller
Greenpeace e.V.

Diese Bestätigung wurde maschinell erstellt und gilt nur in Zusammenhang mit obiger Zuwendungsbescheinigungsnummer. Entsprechend den Regelungen des Abschnitts 111 Abs. 5 der Einkommensteuerrichtlinien (EStR) 2003 sind wir mit Bescheid vom 23.9.09 zur Ausstellung von Zuwendungsbescheinigungen berechtigt. Eventuell in einer Einzelspendenbescheinigung bereits bestätigte Zahlungen sind in dieser Bestätigung nicht erneut berücksichtigt.

Hausanschrift:
Große Elbstr. 39
22767 Hamburg
Bürozeiten:
Mo-Do: 8.30 bis 18 Uhr
Fr: 8.30 bis 17 Uhr

Bankverbindung:
Ökobank e.G.
Kto.-Nr. 17 31 77
BLZ 500 901 00

Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt, Spenden und Förderbeiträge sind steuerabzugsfähig

Am Feldbusch 14,
48599 Gronau/Westfalen
Tel. 0 25 62/2 13 65
Fax. 0 25 62/2 13 66
St.-Nr.: 888/464646

Frau
Anke Maiwald
Gartenstr. 32a



48147 Münster

Gronau, den 21.08.2011

Auftragsbestätigung und Rechnung
(Rechnungsnummer: 10-54/11)

Sehr geehrte Frau Maiwald,

gerne merken wir Sie für unser Seminar

Rhetorikkurs I (Grundlagen)

vor.

Ort: Am Feldbusch 14
48599 Gronau

Zeit: Freitag, 05.10.2011 (15.00 – 21.00 Uhr)
Samstag, 06.10.2011 (10.00 – 18.00 Uhr)

Kosten: 230,00 €

In den Kosten enthalten sind nichtalkoholische Getränke für beide Tage, ferner eine umfangreiche Mappe mit sämtlichen Seminarunterlagen.

Sollten Sie eine Übernachtungsmöglichkeit suchen, wenden Sie sich bitte an uns, wir vermitteln Ihnen gerne eine Unterkunft nach Ihren Wünschen.

Der Teilnehmerbeitrag ist zahlbar bis zum 30.09. 2011

Wir verbleiben mit freundlichen Grüßen Ihr

Klaus Neubeginn

Bankverbindung:
Volksbank Gronau, BLZ 456 231 88, Kto. 45 45 00 55

Ich bin am Freitag um 13.30 Uhr zu Hause losgefahren und abends um 22.00 Uhr zu Hause wieder eingetroffen. Am Samstag bin ich um 9.00 Uhr losgefahren und um 19.00 Uhr heimgekehrt. Die Entfernung nach Gronau beträgt 48 km.
Anke Maiwald

www.amazon.de

Bestellt von:
Anke Maiwald
 Gartenstr. 23a
 48147 Münster
 Deutschland, DE

Empfänger:
Anke Maiwald
 Gartenstr. 23a
 48147 Münster
 Deutschland, DE

Rechnung/Lieferschein für
 Ihre Bestellung vom 19.Oktober 2011

Bestellnr. 303-024897/-0064211
Rechnungsnr. Dsh5jRTDS
 Lieferdatum/Rechnungsdatum 19.Oktober 2011

Menge	Artikel	Fach	Beschreibung	Unser Preis (netto)	USt. %	Gesamt (netto)
1	Verhandeln am Telefon Band I Fit für den Beruf Korbach, Martin 3879643067	(**P-1-F123G95**)	Broschiert	EUR 23,18	7,00%	EUR 23,18
1	Verhandeln am Telefon Band II Fit für den Beruf Korbach, Martin 3879643067	(**P-1-F123G95**)	Broschiert	EUR 23,18	7,00%	EUR 23,18
1	Büroorganisation leicht gemacht Köhler, Gudrun 4572384611	(**T-2-D425H87)	Broschiert	EUR 27,94	700%	EUR 27,94
1	Microsoft-Office-2010-Handbuch Business-Version Löblich, Klaus-Werner	(**Z- 4-L555K12)	Gebunden	EUR 37,29	7,00%	EUR 37,29
1	Microsoft-Access Grundlagen Löblich, Klaus-Werner	(**Z-4-L555J55)	Gebunden	EUR 37,29	7,00%	EUR 37,29
1	Wie finde ich den Mann für's Leben? Ein Frauen-Ratgeber Josefine Häbling-Gmeiner	(**F-6-P685F31)	Broschiert	EUR 13,93	7,00%	EUR 13,93

Versandkosten (netto) EUR 0,00	Zwischensumme (netto) 7,00% EUR 162,81	Zuzueglich USt: 7,00% EUR 11,40	Gesamtsumme (inkl. USt) EUR 174,21
	Zwischensumme (netto) 19,00% EUR 0,00	Zuzueglich USt: 19,00% EUR 0,00	

Zahlungsweise Bankabbuchung: EUR

Noch offener Betrag: EUR 0,00

Mit dieser Warenlieferung ist Ihre Bestellung

Wenn Sie mehr zu Ihren Bestellungen wissen möchten, gehen Sie bitte auf „Mein Konto“ und finden Sie rechts oben auf unserer Website. Unter „Mein Konto“ können Sie Ihre E-Mail-Adresse ändern. Dort ist es auch möglich, sich für Amazon.de-Nachrichten anzumelden oder diese abzuheben.

Rückgabe leicht gemacht:

Bitte gehen Sie auf den Link www.amazon.de/Ruecksendezentrum, wenn Sie Ware (einzelne Artikel) zurückgeben möchten. Bitte beachten Sie, dass wir eingeschweißte oder versiegelte Datenträger, wie CD's, DVD's, Blu-ray Discs, USB-Sticks, etc. in einer originalen Verpackung mit einer unbeschädigten Folie bzw. mit unbeschädigtem Siegel zurücknehmen. Je nach Produktlinie und Hersteller können genaue Bestimmungen finden Sie in unserer Online-Rücknahmegarantie unter www.amazon.de/rueckgabe. Für die Online-Rückgabe benötigen Sie eine gültige Versandbestätigung, die Ihnen zugegangen ist. Für die Online-Rückgabe benötigen Sie die Bestellübersicht finden.

Stiftung Warentest überprüfte 16 Internethändler auf ihre Einkaufssicherheit. Amazon.de ist Mitglied der Stiftung Warentest. Amazon EU S.à.r.l.; 5, Rue Laetis. L - 2338 L
 Steuernummer: 04019490837
 USt-ID: DE814584193

Die Bücher habe ich mir für berufliche Zwecke gekauft (bis auf das letzte – das ist privat).
 Anke Maiwald

Frau
Anke Maiswald
Gartenstr. 23a

48147 Münster

Tel. 0251/ 93221-0
Fax. 0251/ 93221-70

email:
elektro.utrecht@t-online.de

Internet:
www.elektro.utrecht.de

Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 8.00 – 18.00 Uhr
Sa: 8.00 – 14.00 Uhr

Rechnung (4765/11) – 31.08.2011

Laut Ihrem Auftrag vom 28.08.2011 führten wir folgende Leistungen aus:

Datum	Leistung	Preis (€)
28.08.11	Reparatur Waschmaschine AEG Ökolavamat 510	165,39 €
	Anfahrt	15,00 €
Gesamt brutto		180,39 €
darin enthalten MWSt (19 %)		28,80 €
Gesamt netto		151,59 €

Hinweis:

Im Rechnungsbetrag enthaltene Arbeitslöhne: 120,00 € brutto
Im Rechnungsbetrag enthaltene Anfahrtkosten: 15,00 € brutto
(diese sind nach § 35a Abs. 3 EStG als Handwerkerleistung abzugsfähig)

Der Rechnungsbetrag von 180,39 € ist innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum ohne Abzüge zahlbar!

Vielen Dank für Ihren Auftrag! Mit freundlichen Grüßen

i.A. Jutta Quark

Elektro Utrecht GmbH
eingetragen Amtsgericht Münster HRB 5555
Geschäftsführer: Heinrich Utrecht
Bankverbindung: SK Münsterland Ost (BLZ 400 501 50) Konto 465 786 231
Steuernummer: 336/47364615

Mandantenstammblatt

Steuerpflichtige Person:

Name: Maiwald
Vorname: Anke
Anschrift: Gartenstr.23a, 48147 Münster (NRW)
Telefon: 0251- 111222
Geburtsdatum: 03.07.1986
Religion: rk
Familienstand: ledig
Beruf: Bürokauffrau
Steuernummer: 337/0317/4239
ID: 12 345 543 999
eTIN: MWLDNKEA86G03D
Finanzamt; Nummer: Münster-Innenstadt; 5337
Veranlagung: Einzelveranlagung
Konto bei: Sparkasse Münsterland-Ost
BLZ: 400 501 50
Kontonummer: 176 011 012

Einkünfte:

nichtselbständige Arbeit Fahrten Wohnung – Arbeitsstätte:
 einfache Entfernung 78 km
 zurückgelegt an 230 Tagen
 Arbeitstage je Woche 5
 Urlaubs- und Krankheitstage 34
 eigener PKW
 Kennzeichen MS-AM 888
 Arbeitgeber: siehe Lohnsteuerbescheinigung

weitere Einkünfte keine

sonstige Angaben:

Kinder: keine

Finanzamt Münster-Innenstadt
 Veranlagungsbezirk 014
IdNr. 12 345 543 999
Steuernummer 337/0317/4239
 (Bitte bei Rückfragen angeben)

48143 Münster 03.08.2011
 Münzstr. 10
 Telefon 0251/416-234
 Telefax 0800 10092675337

Finanzamt, 48136 Münster
 DV 11 0,55 Deutsche Post

Frau
 Anke Maiwald
 Gatenstraße 23a
 48147 Münster

Bescheid
 für 2010 über
 Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag
 und Kirchensteuer

Festsetzung

Der Bescheid ergeht nach § 165 Abs. 1 Satz 2 AO teilweise vorläufig

	Einkommen- steuer €	röm.-kath. Kirchen- steuer €	Solida- ritäts- zuschlag €	Insgesamt €
Festgesetzt werden	2.102,00	189,18	115,61	2.406,79
Abzug vom Lohn	-3.261,00	-291,87	-179,35	-3.732,22
verbleibende Beträge	-1.159,00	-102,69	-63,74	-1.325,43
Abrechnung in € nach dem Stand vom 03.08.2011				
abzurechnen sind	-1.159,00	-102,69	-63,74	-1.325,43
bereits gezahlt	0,00	0,00	0,00	0,00
demnach zuviel gezahlt	-1.159,00	-102,69	-63,74	-1.325,43

Über eine etwaige Verrechnung des Restguthabens mit Gegenansprüchen erhalten Sie eine besondere Mitteilung.

Der darüber hinausgehende Betrag wird erstattet auf Konto Nr. 0176011012
 bei Sparkasse Münsterland Ost , sofern er mindestens 1,- € beträgt.

Berechnung des zu versteuernden Einkommens

	€	€	Insgesamt €
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit			
Bruttoarbeitslohn		26.303	
ab			
Werbungskosten			
Wege zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte			
230 Tage x 72 km x 0,30 €	4.968		
Kontoführungsgebühren	16		
		4.984	21.319
Einkünfte			
Summe der Einkünfte			21.319

***** Fortsetzung siehe Seite 2 *****

Auslandszahlungen: SpK MSLO
 IBANDE15400501500000300004,
 BIC WELEADED 1MST

Kreditinstitut: BLZ: Kontonr.:
 SpK MSLO 50050150 300004
 BBk Dortmund 40000000 400001502

Übertrag			21.319
Gesamtbetrag der Einkünfte			21.319
Sonderausgaben			
ab			
gezahlte Kirchensteuer	288		
ab erstattete Kirchensteuer	93		195
Summe der unbeschränkt abzugsfähigen Sonderausgaben			
beschränkt abzugsfähige Sonderausgaben			
Arbeitnehmeranteil zur gesetzlichen Rentenversicherung	2.618		
Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Rentenversicherung	2.617		
Summe der Altersvorsorgeaufwendungen	5.235		
davon 70%	3.665		
ab Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung	2.617		
verbleiben	1.048	1.048	
Beiträge zur Krankenversicherung (96%)	1.920		
Beiträge zur Pflegeversicherung	323		
Summe	2.243	2.243	
Summe der abzugsfähigen Vorsorgeaufwendungen		3.291	3.291
außergewöhnliche Belastungen			98
Einkommen			17.736
zu versteuerndes Einkommen			17.736
Berechnung der Einkommensteuer			
zu versteuern nach dem Grundtarif	17.736		2.102
Berechnung der Kirchensteuer			
zu versteuerndes Einkommen			17.736
darauf entfallende Einkommensteuer			2.102
Bemessungsgrundlage			2.102
davon 9% römisch-katholische Kirchensteuer			189,18
Berechnung des Solidaritätszuschlags			
zu versteuerndes Einkommen			17.736
darauf entfallende Einkommensteuer			2.102
Bemessungsgrundlage			2.102
davon 5,5 % Solidaritätszuschlag			115,61

Bescheid für 2010 über Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer

Erläuterungen

Die Festsetzung der Einkommensteuer ist gemäß § 165 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 3 und 4 AO im Hinblick auf die Verfassungsmäßigkeit und verfassungskonforme Auslegung der Norm vorläufig hinsichtlich

- der beschränkten Abziehbarkeit von Vorsorgeaufwendungen (§ 10 Abs. 3, 4, 4a EStG)
- der Nichtabziehbarkeit von Beiträgen zu Rentenversicherungen als vorweggenommene Werbungskosten bei den Einkünfte im Sinne des § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a EStG
- der Nichtabziehbarkeit von Steuerberatungskosten als Sonderausgaben (Aufhebung des § 10 Abs. 1 Nr. 6 EStG durch das Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm vom 22. Dezember 2005, BGBl. I S. 3682)
- der Höhe des Grundfreibetrages (§ 32a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 EStG)

Der Vorläufigkeitsvermerk hinsichtlich der Nichtabziehbarkeit von Beiträgen zu Rentenversicherungen als vorweggenommene Werbungskosten umfasst auch die Frage einer eventuellen einfachgesetzlich begründeten steuerlichen Berücksichtigung.

***** Fortsetzung siehe Seite 3 *****

Die Festsetzung des Solidaritätszuschlags ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlagsgesetzes 1995 vorläufig.

Die Vorläufigkeitserklärung erfasst sowohl die Frage, ob die angeführten gesetzlichen Vorschriften mit höherrangigem Recht vereinbar sind, als auch den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof die streitige verfassungsrechtliche Frage durch Anwendung bzw. Auslegung des einfachen Rechts entscheidet. Die Vorläufigkeitserklärung erfolgt lediglich aus verfahrenstechnischen Gründen. Sie ist nicht dahin zu verstehen, dass die im Vorläufigkeitsvermerk angeführten gesetzlichen Vorschriften als verfassungswidrig oder als gegen Europäisches Gemeinschaftsrecht verstoßend angesehen werden. Soweit die Vorläufigkeitserklärung die Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Norm betrifft, ist sie außerdem nicht dahingehend zu verstehen, dass die Finanzverwaltung es für möglich hält, das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof könne die im Vorläufigkeitsvermerk angeführte Rechtsnorm gegen ihren Wortlaut auslegen. Sollte aufgrund einer diesbezüglichen Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften, des Bundesverfassungsgerichts oder des Bundesfinanzhofs diese Steuerfestsetzung auszuheben oder zu ändern sein, wird die Aufhebung oder Änderung von Amts wegen vorgenommen ein EINSPUCH ist daher insoweit NICHT ERFORDERLICH.

Rechtbehelfsbelehrung

Die Festsetzung der Einkommensteuer, des Solidaritätszuschlags und der Kirchensteuer können mit dem Einspruch angefochten werden. Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens. Dies gilt auch, soweit sich ein angefochtener Vorauszahlungsbescheid durch die Jahressteuerfestsetzung erledigt. Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift zu erklären.

Die Frist für die Einlegung eines Einspruchs beträgt einen Monat. Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief oder Zustellung mittels Einschreiben durch Übergabe gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist.

Bei Zustellung mit Zustellungsurkunde oder durch Einschreiben mit Rückschein oder gegen Empfangsbekanntnis ist Tag der Bekanntgabe der Tag der Zustellung.

Auch wenn ein Einspruch eingelegt worden ist, müssen die angeforderten Beträge fristgemäß gezahlt werden, es sei denn, dass die Vollziehung des Bescheides ausgesetzt oder Stundung gewährt worden ist.



Berechnung der Einkommensteuer, des Solidaritätszuschlags und der Kirchensteuer

Besteuerungsgrundlagen

Berechnung des zu versteuernden Einkommens

Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit		
Bruttoarbeitslohn ohne begünstigte Versorgungsbezüge	26.303	
- Werbungskosten ggf. Arbeitnehmer-Pauschbetrag	5.857	
	<hr/>	
Einkünfte ohne begünstigte Versorgungsbezüge	20.446	
Einkünfte		<hr/> 20.446
Summe/Gesamtbetrag der Einkünfte		20.446
- Höchstbetrag der Vorsorgeaufwendungen		3.396
- abzugsfähige Kirchensteuer		190
- Spenden und Beiträge		150
		<hr/>
Einkommen/zu versteuerndes Einkommen		16.710

Berechnung der Steuer

Tarifliche Einkommensteuer lt. Grundtarif		1.838
- Steuerermäßigung nach § 35a EStG		27
		<hr/>
Festzusetzende Einkommensteuer		1.811

Abrechnung

Festzusetzende Einkommensteuer	1.811,00	
- Steuerabzug vom Lohn	3.261,00	
	<hr/>	
Einkommensteuererstattung		1.450,00
Festzusetzender Solidaritätszuschlag	99,60	
- Steuerabzug vom Lohn	179,35	
	<hr/>	
Erstattung Solidaritätszuschlag		79,75
Erstattung		1.529,75
Festzusetzende Kirchensteuer	162,99	
- Steuerabzug vom Lohn	291,87	
	<hr/>	
Kirchensteuererstattung		128,88
Gesamterstattung		1.658,63

Ermittlung der Werbungskosten zur Anlage N

Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte

1. regelmäßige Arbeitsstätte in 45655 Recklinghausen, Daimlerweg 111

Entfernungspauschale für die mit eigenem oder zur Nutzung
überlassenem Pkw zurückgelegte Entfernung

230 Tage x 78 km x 0,30 EUR/km 5.382,00

Anzusetzende Aufwendungen für Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte 5.382

Arbeitsmittel

Fachliteratur lt. Beleg 7 (aufgerundet) 160

Aufwendungen für Arbeitsmittel 160

Anzusetzende Aufwendungen für Arbeitsmittel gesamt 160

Fortbildungskosten

Rhetorikkurs I (lt. Beleg 6) 299

Weitere Werbungskosten

Kontoführungsgebühr 16

Summe der weiteren Werbungskosten 16

Anzusetzende weitere Werbungskosten 16

Summe der Werbungskosten 5.857

Anzusetzende Werbungskosten ggf. Arbeitnehmer-Pauschbetrag 5.857

Anlage zu Aus- und Fortbildungskosten

A. SEMINARGEBÜHR		<input type="text" value="230,00 EUR"/>
B. REISEKOSTEN		
1. Fahrtkosten		
Lt. beigefügten Einzelnachweisen		<input type="text"/>
Pauschal:		
-bei Benutzung eines Pkw gefahrene km	<input type="text" value="192 km"/>	
-oder mit Motorrad/Motorroller gefahrene km		
x pauschaler Kilometersatz (Vorrang: Pkw)	0,30 EUR	
= Anzusetzen sind		57,60 EUR
2. Verpflegungsmehraufwendungen		
Tage mit >= 8 und < 14 h Abwesenheit	<input type="text" value="2"/>	
Tage mit >= 14 und < 24 h Abwesenheit		
Tage mit 24 h Abwesenheit		
Anzusetzen sind		12,00 EUR
3. Übernachtungskosten lt. Einzelnachweisen		<input type="text"/>
4. Reisenebenkosten		<input type="text"/>
FORTBILDUNGSKOSTEN GESAMT		<u>299,60 EUR</u>
./. erstattete Aufwendungen		<input type="text" value="0,00 EUR"/>
ANZUSETZEN SIND		<u><u>299,60 EUR</u></u>

Ermittlung der Sonderausgaben

Vorsorgeaufwendungen

Höchstbetragsberechnung nach § 10 Abs. 3 und 4 EStG

Arbeitnehmeranteil zu gesetzlichen Rentenversicherungen und zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen	2.618	
Arbeitgeberanteil zu gesetzlichen Rentenversicherungen, Zuschüsse zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen	2.617	
	<u>5.235</u>	
Summe der Altersvorsorgeaufwendungen	5.235	
Höchstbetrag	20.000	
Anteiliger Höchstbetrag (5.235 x 72 %)		3.770
- steuerfreier Arbeitgeberanteil		<u>2.617</u>
Anzusetzende Altersvorsorgeaufwendungen		1.153
Krankenversicherung mit Krankengeldanspruch	2.000	
	<u>2.000</u>	
Summe	2.000	
- davon 4 %	80	
Krankenversicherung ohne Krankengeldanspruch, gesetzliche Pflegeversicherung	323	
	<u>2.243</u>	
Summe Basisabsicherung nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG	2.243	
Basiskranken- und gesetzliche Pflegeversicherung	2.323	
Gesetzliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit	369	
Unfall-, Haftpflicht- und Risikoversicherungen	545	
	<u>3.237</u>	
Summe der sonstigen Vorsorgeaufwendungen nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 und 3a EStG	3.237	
davon ansetzbar (höchstens 1.900)	1.900	
Anzusetzende sonstige Vorsorgeaufwendungen		<u>2.243</u>
Anzusetzender Höchstbetrag		3.396

Höchstbetragsberechnung nach § 10 Abs. 3 EStG a. F.

Summe der Altersvorsorgeaufwendungen	5.235	
Summe der sonstigen Vorsorgeaufwendungen	3.237	
	<u>8.472</u>	
Gesamtbetrag der Vorsorgeaufwendungen	8.472	
- Arbeitgeberanteil zu gesetzlichen Rentenversicherungen, Zuschüsse zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen	2.617	
	<u>5.855</u>	
Übersteigender Betrag	5.855	
Vorwegabzug	2.700	
- Kürzung nach § 10 Abs. 3 Nr. 2 EStG a. F.	4.208	
	<u>0</u>	
- Vorwegabzug nach Kürzung	0	0
Verbleiben	5.855	
- Höchstbetrag	1.334	1.334
	<u>4.521</u>	
Übersteigender Betrag	4.521	

Maiwald, Anke

- Hälfte des übersteigenden Betrags, höchstens 667		667	667	
Nicht abzugsfähiger Restbetrag		3.854		
Vom übersteigenden Betrag haben sich hälftig ausgewirkt	1.334			
haben sich in voller Höhe nicht ausgewirkt	3.187			
Anzusetzender Höchstbetrag			2.001	
Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG				
Höchstbetrag nach § 10 Abs. 3 und 4 EStG			3.396	
Höchstbetrag nach § 10 Abs. 3 EStG a. F.			2.001	
Anzusetzende Vorsorgeaufwendungen				3.396
Sonstige Sonderausgaben				
Gezahlte Kirchensteuer	292			
- erstattete Kirchensteuer	102			
Anzusetzende Kirchensteuer			190	
Höchstbetrag (20 % des Gesamtbetrags der Einkünfte)	4.090			
- Spenden und Beiträge zur Förderung steuerbegünstigter Zwecke	150			
davon sind anzusetzen		150		
Anzusetzende sonstige Spenden			150	
Anzusetzende sonstige Sonderausgaben			340	
Sonderausgaben-Pauschbetrag			36	
Angesetzt werden				340
Summe der gesamt anzusetzenden Sonderausgaben				3.736

1	<input checked="" type="checkbox"/> Einkommensteuererklärung	<input type="checkbox"/> Antrag auf Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage	Eingangsstempel
2	<input type="checkbox"/> Erklärung zur Festsetzung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge	<input type="checkbox"/> Erklärung zur Feststellung des verbleibenden Verlustvortrags	
3	Steuernummer	337/0317/4239	
4	Identifikationsnummer (IdNr.)	Steuerpflichtige Person (stpfl. Person), bei Ehegatten: Ehemann	Ehefrau
		12 345 543 999	
5	An das Finanzamt		
6	Münster Innenstadt		
	Bei Wohnsitzwechsel: bisheriges Finanzamt		
7	Allgemeine Angaben		Telefonische Rückfragen tagsüber unter Nr.
8	Steuerpflichtige Person (stpfl. Person), bei Ehegatten: Ehemann		0251/111222
9	Name		Geburtsdatum
10	Maiwald		03.07.1986
11	Vorname		
12	Anke		Religionsschlüssel: Evangelisch = EV Römisch-Katholisch = RK nicht kirchensteuerpflichtig = VD Weitere siehe Anleitung
13	Straße und Hausnummer (derzeitige Anschrift)		
14	Gartenstr. 23a		
15	Postleitzahl	Wohnort	Religion
16	48147	Münster	RK
17	Ausgeübter Beruf		
18	Bürokauffrau		
19	Verheiratet seit dem	Verwitwet seit dem	Geschieden seit dem
20	Dauernd getrennt lebend seit dem		
21	bei Ehegatten: Ehefrau		
22	Name		Geburtsdatum
23	Vorname		
24	Straße und Hausnummer (falls von Zeile 10 abweichend)		Religionsschlüssel: Evangelisch = EV Römisch-Katholisch = RK nicht kirchensteuerpflichtig = VD Weitere siehe Anleitung
25	Postleitzahl	Wohnort (falls von Zeile 11 abweichend)	
26			
27	Ausgeübter Beruf		
28			
Nur von Ehegatten auszufüllen			
29	<input type="checkbox"/> Zusammenveranlagung	<input type="checkbox"/> Getrennte Veranlagung	<input type="checkbox"/> Besondere Veranlagung für das Jahr der Eheschließung
			<input type="checkbox"/> Wir haben Gütergemeinschaft vereinbart
Bankverbindung (entweder Kontonummer / Bankleitzahl oder IBAN / BIC) - Bitte stets angeben -			
30	Kontonummer	Bankleitzahl	
31	176011012	40050150	
32	IBAN		
33	BIC		
34	Geldinstitut (Zweigstelle) und Ort		
35	SK MSLO		
36	<input checked="" type="checkbox"/> Kontoinhaber	<input type="checkbox"/> lt. Zeile 14 und 15	Name (im Fall der Abtretung bitte amtlichen Abtretungsvordruck beifügen)
37	<input type="checkbox"/> lt. Zeile 8 und 9	oder:	
Der Steuerbescheid soll nicht mir / uns zugesandt werden, sondern:			
38	Name		
39	Vorname		
40	Straße und Hausnummer oder Postfach		
41	Postleitzahl	Wohnort	
42			

Diese Steuererklärung ist mit einem Programm der DATEV erstellt. Das Programm erzeugt bei bestimmungsgemäßer Anwendung den Wortlaut des amtlichen Vordruckes.



Einkünfte im Kalenderjahr 2011

aus folgenden Einkunftsarten:

31	Land- und Forstwirtschaft	<input type="checkbox"/>	lt. Anlage L		
32	Gewerbebetrieb	<input type="checkbox"/>	lt. Anlage G	für steuerpflichtige Person (bei Ehegatten: Ehemann)	<input type="checkbox"/> lt. Anlage G für Ehefrau
33	Selbständige Arbeit	<input type="checkbox"/>	lt. Anlage S	für steuerpflichtige Person (bei Ehegatten: Ehemann)	<input type="checkbox"/> lt. Anlage S für Ehefrau
34	Nichtselbständige Arbeit	<input checked="" type="checkbox"/>	lt. Anlage N	für steuerpflichtige Person (bei Ehegatten: Ehemann)	<input type="checkbox"/> lt. Anlage N für Ehefrau
35	Kapitalvermögen	<input type="checkbox"/>	lt. Anlage KAP	für steuerpflichtige Person (bei Ehegatten: Ehemann)	<input type="checkbox"/> lt. Anlage KAP für Ehefrau
36	Vermietung und Verpachtung	<input type="checkbox"/>	lt. Anlage(n) V	<input type="checkbox"/> Anzahl	
37	Sonstige Einkünfte	<input type="checkbox"/>	Renten lt. Anlage R	für steuerpflichtige Person (bei Ehegatten: Ehemann)	<input type="checkbox"/> Renten lt. Anlage R für Ehefrau
38		<input type="checkbox"/>	lt. Anlage SO		

Angaben zu Kindern / Ausländische Einkünfte und Steuern / Förderung des Wohneigentums

39	<input type="checkbox"/> lt. Anlage(n) Kind	<input type="checkbox"/> Anzahl	<input type="checkbox"/> lt. Anlage(n) AUS	<input type="checkbox"/> Anzahl	<input type="checkbox"/> lt. Anlage(n) FW	<input type="checkbox"/> Anzahl
----	--	---------------------------------	---	---------------------------------	--	---------------------------------

Sonderausgaben

52

40	<input checked="" type="checkbox"/> Für Angaben zu Vorsorgeaufwendungen ist die Anlage Vorsorgeaufwand beigefügt.	<input type="checkbox"/> Für Angaben zu Altersvorsorgebeiträgen ist die Anlage AV beigefügt.
----	--	---

Gezahlte Versorgungsleistungen

	Rechtsgrund, Datum des Vertrags	abziehbar	tatsächlich gezahlt EUR
41	Renten	102 <input type="checkbox"/> %	101 <input type="checkbox"/> ,—
42	Dauernde Lasten		100 <input type="checkbox"/> ,—
43	Ausgleichszahlungen im Rahmen des schuldrechtlichen Versorgungsausgleichs		121 <input type="checkbox"/> ,—
44	Unterhaltsleistungen an den geschiedenen / dauernd getrennt lebenden Ehegatten lt. Anlage U	117 <input type="checkbox"/>	116 <input type="checkbox"/> ,—
45	In Zeile 44 enthaltene Beiträge (abzgl. Erstattungen und Zuschüsse) zur Basis-Kranken- und gesetzlichen Pflegeversicherung	118 <input type="checkbox"/> ,—	119 <input type="checkbox"/> ,—
46	Kirchensteuer (soweit diese nicht als Zuschlag zur Abgeltungssteuer einbehalten oder gezahlt wurde)	103 <input type="checkbox"/> 292 ,—	104 <input type="checkbox"/> 102 ,—

Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung der stpfl. Person / des Ehemannes

47	Bezeichnung der Ausbildung, Art und Höhe der Aufwendungen	200 <input type="checkbox"/> ,—
----	---	---------------------------------

Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung der Ehefrau

48	Bezeichnung der Ausbildung, Art und Höhe der Aufwendungen	201 <input type="checkbox"/> ,—
----	---	---------------------------------

Spenden und Mitgliedsbeiträge (ohne Beträge in den Zeilen 53 bis 56)

	lt. beigef. Bestätigungen EUR	lt. Nachweis Betriebsfinanzamt EUR	
49	– zur Förderung steuerbegünstigter Zwecke	123 <input type="checkbox"/> 150 ,—	124 <input type="checkbox"/> ,—
50	in Zeile 49 enthaltene Zuwendungen an Empfänger im EU- / EWR-Ausland	125 <input type="checkbox"/> ,—	126 <input type="checkbox"/> ,—
51	– an politische Parteien (§§ 34g, 10b EStG)	127 <input type="checkbox"/> ,—	128 <input type="checkbox"/> ,—
52	– an unabh. Wählervereinigungen (§ 34g EStG)	129 <input type="checkbox"/> ,—	130 <input type="checkbox"/> ,—

Spenden in den Vermögensstock einer Stiftung

	stpfl. Person / Ehemann EUR	Ehefrau EUR	
53	in 2011 geleistete Spenden (lt. beigefügten Bestätigungen / lt. Nachweis Betriebsfinanzamt)	208 <input type="checkbox"/> ,—	209 <input type="checkbox"/> ,—
54	in Zeile 53 enthaltene Spenden an Empfänger im EU- / EWR-Ausland	218 <input type="checkbox"/> ,—	219 <input type="checkbox"/> ,—
55	Von den Spenden in Zeile 53 sollen in 2011 berücksichtigt werden	212 <input type="checkbox"/> ,—	213 <input type="checkbox"/> ,—
56	2011 zu berücksichtigende Spenden aus Vorjahren in den Vermögensstock einer Stiftung, die bisher noch nicht berücksichtigt wurden	214 <input type="checkbox"/> ,—	215 <input type="checkbox"/> ,—
57	Für die Berechnung des Spendenhöchstbetrags für Spenden und Beiträge in Zeile 49 wird die Einbeziehung der Kapitalerträge beantragt. Höhe der Kapitalerträge	115 <input type="checkbox"/> ,—	

Außergewöhnliche Belastungen

53

Behinderte Menschen und Hinterbliebene

	Ausweis / Rentenbescheid / Bescheinigung ausgestellt am	gültig von	bis	unbefristet gültig	Grad der Behinderung	Nachweis ist bei- gefügt.	hat bereits vorgelegen.
61	stpf. Person / Ehemann	12	14	18 1 = Ja	56	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
62	hinterblieben	16 1 = Ja	blind / stän- dig hilflos 20 1 = Ja	geh- u. steh- behindert 22 1 = Ja			
63	Ehefrau	13	15	19 1 = Ja	57	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
64	hinterblieben	17 1 = Ja	blind / stän- dig hilflos 21 1 = Ja	geh- u. steh- behindert 23 1 = Ja			

65 **Pflege-Pauschbetrag** wegen unentgeltlicher persönlicher Pflege einer ständig hilflosen Person in ihrer oder in meiner Wohnung im Inland

66 Name, Anschrift und Verwandtschaftsverhältnis der hilflosen Person(en) _____ Name anderer Pflegeperson(en) _____

67 **Unterhalt für bedürftige Personen**
Für die geleisteten Aufwendungen wird ein Abzug lt. Anlage Unterhalt geltend gemacht. Beigefügte Anlage(n) Unterhalt

Andere außergewöhnliche Belastungen
(z. B. Ehescheidungskosten, Fahrtkosten behinderter Menschen, Krankheitskosten, Kurkosten, Pflegekosten)

Art der Belastung	Aufwendungen EUR	Erhaltene / Anspruch auf zu erwartende Versicherungsleistungen, Beihilfen, Unter- stützungen; Wert des Nachlasses usw. EUR
68	_____	_____
69	+ _____	+ _____
70	Summe der Zeilen 68 und 69 63 _____	64 _____
71	Für die - wegen Abzugs der zumutbaren Belastung - nicht abziehbaren Pflegeleistungen wird die Steuerermäßigung für haushaltsnahe Dienstleistungen beantragt. Die in den Zeilen 68 und 69 enthaltenen Aufwendungen für haushaltsnahe Pflegeleistungen betragen	
72	Für den Abzug der außergewöhnlichen Belastungen lt. Zeile 70 sind die Kapitalerträge anzugeben. Die gesamten Kapitalerträge betragen nicht mehr als 801 €, bei Zusammenveranlagung nicht mehr als 1.602 €.	
73	Höhe der Kapitalerträge (nur anzugeben, wenn die Kapitalerträge 801 € / 1.602 € übersteigen)	76 _____

Haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse, Dienstleistungen und Handwerkerleistungen

18

Art der Tätigkeit / Art der Aufwendungen	Aufwendungen (abzüglich Erstattungen) EUR
74 - geringfügige Beschäftigungen im Privathaushalt – sog. Minijobs –	202 _____
75 - sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen im Privathaushalt	207 _____
76 - haushaltsnahe Dienstleistungen, Hilfe im Haushalt	210 _____
77 - Pflege- und Betreuungsleistungen im Haushalt, in Heimunterbringungskosten enthaltene Aufwendungen für Dienstleistungen, die denen einer Haushaltshilfe vergleichbar sind (soweit nicht bereits in den Zeilen 68 und 69 berücksichtigt)	213 _____
78 Reparatur Waschmaschine (Beleg 8)	214 _____ 135

79 **Nur bei Alleinstehenden und Eintragungen in den Zeilen 74 bis 78:** Es bestand ganzjährig ein gemeinsamer Haushalt mit einer anderen alleinstehenden Person

Steuerermäßigung bei Belastung mit Erbschaftsteuer

80 Ich beantrage eine Steuerermäßigung, weil in dieser Steuererklärung Einkünfte erklärt worden sind, die als Erwerb von Todes wegen ab 2009 der Erbschaftsteuer unterlegen haben (Erläuterungen bitte auf besonderem Blatt).

Sonstige Angaben und Anträge

Gesellschaften / Gemeinschaften / ähnliche Modelle i. S. d. § 2b EStG (Erläuterungen auf besonderem Blatt)

91

92 Es wurde ein verbleibender Verlustvortrag nach § 10d EStG /
Spendenvortrag nach § 10b EStG zum 31.12.2010 festgestellt für stpfl. Person / Ehemann Ehefrau

93 **Antrag auf Beschränkung des Verlustrücktrags nach 2010**
Von den nicht ausgeglichenen negativen Einkünften 2011 soll folgender
Gesamtbetrag nach 2010 zurückgetragen werden

94 **Einkommensersatzleistungen**, die dem Progressions-
vorbehalt unterliegen, z. B. Krankengeld, Elterngeld, Mutterschafts-
geld (soweit nicht in Zeile 26 bis 28 der Anlage N eingetragen)
lt. beigefügten Bescheinigungen

Nur bei getrennter Veranlagung von Ehegatten:

95 Laut beigefügtem gemeinsamen Antrag ist die Steuerermäßigung lt. den Zeilen 74 bis 78
in einem anderen Verhältnis als je zur Hälfte aufzuteilen. Der bei mir zu berücksichtigende Anteil beträgt %

96 Laut beigefügtem gemeinsamen Antrag sind die Sonderausgaben (siehe Zeile 61 bis 76 der Anlage Kind) und die
außergewöhnlichen Belastungen (siehe Seite 3, Anlage Unterhalt sowie die Zeilen 48 und 49 der Anlage Kind) in
einem anderen Verhältnis als je zur Hälfte des bei einer Zusammenveranlagung in Betracht kommenden Betrages
aufzuteilen. Der bei mir zu berücksichtigende Anteil beträgt %

Nur bei zeitweiser unbeschränkter Steuerpflicht im Kalenderjahr 2011:

97 Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Inland vom bis stpfl. Person / Ehemann

98 Ehefrau

99 Ausländische Einkünfte, die außerhalb der in den Zeilen 97 und / oder 98 genannten Zeiträume
bezogen wurden und nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegen haben (Bitte Nachweise
über die Art und Höhe dieser Einkünfte beifügen.) **122** EUR

100 In Zeile 99 enthaltene außerordentliche Einkünfte i. S. d. §§ 34, 34b EStG **177** EUR

**Nur bei Personen ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland, die beantragen, als unbeschränkt steuerpflichtig
behandelt zu werden:**

101 Ich beantrage, für die Anwendung personen- und familienbezogener Steuervergünstigungen als unbeschränkt steuerpflichtig
behandelt zu werden.

102 Die „Bescheinigung EU / EWR“ ist beigefügt. Die „Bescheinigung außerhalb EU / EWR“ ist beigefügt.
EUR

103 Summe der nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegenden Einkünfte (ggf. „0“) **124** EUR

104 In Zeile 103 enthaltene außerordentliche Einkünfte i. S. d. §§ 34, 34b EStG **177** EUR

Nur bei im EU- / EWR-Ausland lebenden Ehegatten:

105 Ich beantrage als Staatsangehöriger eines EU- / EWR-Staates die Anwendung familienbezogener Steuervergünstigungen.
Nachweis ist beigefügt (z. B. „Bescheinigung EU / EWR“).
Die nicht der deutschen Besteuerung unterliegenden Einkünfte beider Ehegatten sind in Zeile 103 enthalten.

**Nur bei Angehörigen des deutschen öffentlichen Dienstes ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland,
die im dienstlichen Auftrag außerhalb der EU oder des EWR tätig sind:**

106 Ich beantrage die Anwendung familienbezogener Steuervergünstigungen. Die „Bescheinigung EU / EWR“ ist beigefügt.

Weiterer Wohnsitz in Belgien (abweichend von den Zeilen 10 und 11) bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit und Renten

107

108 Unterhalten Sie auf Dauer angelegte Geschäftsbeziehungen zu Finanzinstituten im
Ausland? **116** 1 = Ja 2 = Nein **117** 1 = Ja 2 = Nein

Unterschrift

Die mit der Steuererklärung / dem Antrag angeforderten Daten werden aufgrund der §§ 149 ff. der Abgabenordnung, der §§ 25, 46,
10d Abs. 4 und 51a Abs. 2d des Einkommensteuergesetzes sowie § 14 Abs. 4 des Vermögensbildungsgesetzes erhoben.

Bei der Anfertigung dieser Steuererklärung hat mitgewirkt:

109

Datum, Unterschrift(en)
Steuererklärungen sind eigenhändig – bei Ehegatten von beiden – zu unterschreiben.

Name **Maiwald** **Anlage**
 Vorname **Anke** **Vorsorgeaufwand**
 Steuernummer **337/0317/4239**

Angaben zu Vorsorgeaufwendungen

Beiträge zur Altersvorsorge

		stpfl. Person / Ehemann EUR		Ehefrau EUR	52
4	– lt. Nr. 23 a/b der Lohnsteuerbescheinigung (Arbeitnehmeranteil)	300	2.618	– 400	–
5	– zu landwirtschaftlichen Alterskassen sowie zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen, die den gesetzlichen Rentenversicherungen vergleichbare Leistungen erbringen – ohne Beiträge, die in Zeile 4 geltend gemacht werden –	301		– 401	–
6	– zu gesetzlichen Rentenversicherungen – ohne Beiträge, die in Zeile 4 geltend gemacht werden –	302		– 402	–
7	– zu zertifizierten Basisrentenverträgen (sog. Rürup-Verträge) mit Laufzeitbeginn nach dem 31.12.2004 – ohne Altersvorsorgebeiträge, die in der Anlage AV geltend gemacht werden –	303		– 403	–
8	Arbeitgeberanteil lt. Nr. 22 a/b der Lohnsteuerbescheinigung	304	2.617	– 404	–
9	Steuerfreie Arbeitgeberanteile an berufsständische Versorgungseinrichtungen, soweit nicht in Nr. 22 b der Lohnsteuerbescheinigung enthalten	305		– 405	–
10	Arbeitgeberanteil zu gesetzlichen Rentenversicherungen im Rahmen einer pauschal besteuerten geringfügigen Beschäftigung (bitte Anleitung beachten)	306		– 406	–

Bei Zusammenveranlagung ist die Eintragung für jeden Ehegatten vorzunehmen:

Haben Sie zu Ihrer Krankenversicherung oder Ihren Krankheitskosten Anspruch auf

11	– steuerfreie Zuschüsse (z. B. Rentner aus der gesetzlichen Rentenversicherung) oder – steuerfreie Arbeitgeberbeiträge (z. B. sozialversicherungspfl. Arbeitnehmer) oder – steuerfreie Beihilfen (z. B. Beamte, Versorgungsempfänger) ?	307	1	1 = Ja 2 = Nein	407	1 = Ja 2 = Nein
----	---	-----	----------	--------------------	-----	--------------------

Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung

12	Arbeitnehmerbeiträge zu Krankenversicherungen lt. Nr. 25 der Lohnsteuerbescheinigung	320	2.000	– 420	–
13	Beiträge zu Krankenversicherungen, die als Zusatzbeitrag geleistet wurden	321		– 421	–
14	In Zeile 12 enthaltene Beiträge, aus denen sich kein Anspruch auf Krankengeld ergibt	322		– 422	–
15	Arbeitnehmerbeiträge zu sozialen Pflegeversicherungen lt. Nr. 26 der Lohnsteuerbescheinigung	323	323	– 423	–
16	Zu den Zeilen 12 bis 15: Von der Kranken- und / oder sozialen Pflegeversicherung erstattete Beiträge	324		– 424	–
17	In Zeile 16 enthaltene Beiträge zur Krankenversicherung, aus denen sich kein Anspruch auf Krankengeld ergibt, und zur sozialen Pflegeversicherung	325		– 425	–
18	Beiträge zu Krankenversicherungen – ohne Beiträge, die in Zeile 12 geltend gemacht werden – (z. B. bei Rentnern und freiwillig gesetzlich versicherten Selbstzahlern)	326		– 426	–
19	Beiträge zu Krankenversicherungen, die als Zusatzbeitrag geleistet wurden	327		– 427	–
20	In Zeile 18 enthaltene Beiträge zur Krankenversicherung, aus denen sich ein Anspruch auf Krankengeld ergibt	328		– 428	–
21	Beiträge zu sozialen Pflegeversicherungen – ohne Beiträge, die in Zeile 15 geltend gemacht werden – (z. B. bei Rentnern und freiwillig gesetzlich versicherten Selbstzahlern)	329		– 429	–
22	Zu den Zeilen 18 bis 21: Von der Kranken- und / oder sozialen Pflegeversicherung erstattete Beiträge	330		– 430	–
23	In Zeile 22 enthaltene Beiträge zur Krankenversicherung, aus denen sich ein Anspruch auf Krankengeld ergibt	331		– 431	–
24	Zuschuss zu den Beiträgen lt. Zeile 18 und / oder 21 – ohne Beiträge lt. Zeile 37 – (z. B. von der Deutschen Rentenversicherung)	332		– 432	–
25	Beiträge zu einer ausländischen Krankenversicherung, die mit einer inländischen gesetzlichen Krankenversicherung vergleichbar ist	333		– 433	–
26	In Zeile 25 enthaltene Beiträge zur Krankenversicherung, aus denen sich kein Anspruch auf Krankengeld ergibt	334		– 434	–
27	Beiträge zu einer ausländischen sozialen Pflegeversicherung, die mit einer inländischen gesetzlichen Pflegeversicherung vergleichbar ist	335		– 435	–
28	Zu den Zeilen 25 bis 27: Von der ausländischen Kranken- und / oder sozialen Pflegeversicherung erstattete Beiträge	336		– 436	–
29	In Zeile 28 enthaltene Beiträge zur Krankenversicherung, aus denen sich kein Anspruch auf Krankengeld ergibt, und zur sozialen Pflegeversicherung	337		– 437	–
30	Über die Basisabsicherung hinausgehende Beiträge zu Krankenversicherungen (z. B. für Wahlleistungen, Zusatzversicherung) abzüglich erstatteter Beiträge	338		– 438	–

Beiträge zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung

– Füllen Sie die Zeilen 31 bis 36 und 40 bis 43 nur aus, wenn Sie der Datenübermittlung nicht widersprochen haben. –

		stpfl. Person / Ehemann EUR		Ehefrau EUR
31	Beiträge zu Krankenversicherungen (nur Basisabsicherung, keine Wahlleistungen)	350	<input type="text"/>	450 <input type="text"/>
32	Beiträge zu Pflege-Pflichtversicherungen	351	<input type="text"/>	451 <input type="text"/>
Zu den Zeilen 31 und 32:				
33	Von der privaten Kranken- und / oder Pflege-Pflichtversicherung erstattete Beiträge	352	<input type="text"/>	452 <input type="text"/>
34	Zuschuss von dritter Seite zu den Beiträgen lt. Zeile 31 und / oder 32 (z. B. von der Deutschen Rentenversicherung)	353	<input type="text"/>	453 <input type="text"/>
35	Über die Basisabsicherung hinausgehende Beiträge zu Krankenversicherungen (z. B. für Wahlleistungen, Zusatzversicherung) abzüglich erstatteter Beiträge	354	<input type="text"/>	454 <input type="text"/>
36	Beiträge (abzüglich erstatteter Beiträge) zu zusätzlichen Pflegeversicherungen (ohne Pflege-Pflichtversicherung)	355	<input type="text"/>	455 <input type="text"/>

Steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse

37	Steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung lt. Nr. 24 der Lohnsteuerbescheinigung	359	<input type="text"/>	459 <input type="text"/>
----	---	-----	----------------------	--------------------------

Als Versicherungsnehmer für andere Personen übernommene Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge

38	IdNr. der mitversicherten Person 600	„Andere Personen“ sind z. B. Kinder, für die kein Anspruch auf Kindergeld / Kinderfreibetrag besteht (bei Anspruch auf Kindergeld / Kinderfreibetrag sind die Eintragungen in den Zeilen 31 bis 36 der Anlage Kind vorzunehmen), oder der / die eingetragene Lebenspartner/in.		
----	--	--	--	--

Name, Vorname, Geburtsdatum der mitversicherten Person

		stpfl. Person / Ehegatten EUR
40	Beiträge (abzüglich steuerfreier Zuschüsse) zu privaten Krankenversicherungen (nur Basisabsicherung, keine Wahlleistungen)	601 <input type="text"/>
41	Beiträge (abzüglich steuerfreier Zuschüsse) zu Pflege-Pflichtversicherungen	602 <input type="text"/>
Zu den Zeilen 40 bis 41:		
42	Von der privaten Kranken- und / oder Pflege-Pflichtversicherung erstattete Beiträge	603 <input type="text"/>
43	Beiträge (abzüglich erstatteter Beiträge) zu privaten Kranken- und / oder Pflegeversicherungen (ohne Basisabsicherung, z. B. für Wahlleistungen, Zusatzversicherung)	604 <input type="text"/>

Weitere sonstige Vorsorgeaufwendungen

		stpfl. Person / Ehemann EUR		Ehefrau EUR
44	Arbeitnehmerbeiträge zur Arbeitslosenversicherung lt. Nr. 27 der Lohnsteuerbescheinigung	370	369	470 <input type="text"/>
45	Beiträge (abzüglich steuerfreier Zuschüsse und erstatteter Beiträge) zu – Kranken- und Pflegeversicherungen (Gesamtbetrag) (nur einzutragen, wenn Sie der Datenübermittlung widersprochen haben; Einträge zu zusätzlichen Pflegeversicherungen sind nur in Zeile 36 vorzunehmen)	371	<input type="text"/>	471 <input type="text"/>
46	– freiwilligen Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit			500 <input type="text"/>
47	– freiwilligen eigenständigen Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsversicherungen			501 <input type="text"/>
48	– Unfall- und Haftpflichtversicherungen sowie Risikoversicherungen, die nur für den Todesfall eine Leistung vorsehen			502 545
49	– Rentenversicherungen mit Kapitalwahlrecht und / oder Kapitallebensversicherungen mit einer Laufzeit von mindestens 12 Jahren sowie einem Laufzeitbeginn und der ersten Beitragszahlung vor dem 1.1.2005			503 <input type="text"/>
50	– Rentenversicherungen ohne Kapitalwahlrecht mit Laufzeitbeginn und erster Beitragszahlung vor dem 1.1.2005 (auch steuerpflichtige Beiträge zu Versorgungs- und Pensionskassen) – ohne Altersvorsorgebeiträge, die in der Anlage AV geltend gemacht werden –			504 <input type="text"/>

Ergänzende Angaben zu Vorsorgeaufwendungen

		stpfl. Person / Ehemann		Ehefrau
51	Es bestand 2011 keine gesetzliche Rentenversicherungspflicht aus dem aktiven Dienstverhältnis / aus der Tätigkeit – als Beamter / Beamtin	380	<input type="checkbox"/> 1 = Ja	480 <input type="checkbox"/> 1 = Ja
52	– als Vorstandmitglied / GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführer/in – als (z. B. Praktikant/in, Student/in im Praktikum)	381	<input type="checkbox"/> 1 = Ja	481 <input type="checkbox"/> 1 = Ja
53	Bezeichnung <input type="text"/>	382	<input type="checkbox"/> 1 = Ja	482 <input type="checkbox"/> 1 = Ja
54	Aufgrund des genannten Dienstverhältnisses / der Tätigkeit bestand hingegen eine Anwartschaft auf Altersversorgung	383	<input type="checkbox"/> 1 = Ja <input type="checkbox"/> 2 = Nein	483 <input type="checkbox"/> 1 = Ja <input type="checkbox"/> 2 = Nein
55	Die Anwartschaft auf Altersversorgung wurde ganz oder teilweise ohne eigene Beitragsleistungen erworben (Bei Vorstandsmitgliedern / GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführern: Falls nein, bitte geeignete Unterlagen beifügen.)	384	<input type="checkbox"/> 1 = Ja <input type="checkbox"/> 2 = Nein	484 <input type="checkbox"/> 1 = Ja <input type="checkbox"/> 2 = Nein

Name **Maiwald**
 Vorname **Anke**
 Steuernummer **337/0317/4239**
 eTIN lt. Lohnsteuerbescheinigung(en), sofern vorhanden **MWLDNKEA86G03D**
 eTIN lt. weiterer Lohnsteuerbescheinigung(en), sofern vorhanden

Anlage N
Jeder Ehegatte mit Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit hat eine eigene Anlage N abzugeben.
 stpfl. Person / Ehemann Ehefrau

Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit

4

Angaben zum Arbeitslohn		Lohnsteuerbescheinigung(en) Steuerklasse 1 - 5		Lohnsteuerbescheinigung(en) Steuerklasse 6 oder einer Urlaubskasse	
	Steuerklasse	168	1		
		EUR	Ct	EUR	Ct
6	Bruttoarbeitslohn	110	26.303	111	
7	Lohnsteuer	140	3.261,00	141	
8	Solidaritätszuschlag	150	179,35	151	
9	Kirchensteuer des Arbeitnehmers	142	291,87	143	
10	Nur bei konfessionsverschiedener Ehe: Kirchensteuer für den Ehegatten	144		145	

		1. Versorgungsbezug		2. Versorgungsbezug	
11	Steuerbegünstigte Versorgungsbezüge (in Zeile 6 enthalten)	200		210	
12	Bemessungsgrundlage für den Versorgungsfreibetrag lt. Nr. 29 der Lohnsteuerbescheinigung	201		211	
13	Maßgebendes Kalenderjahr des Versorgungsbeginns lt. Nr. 30 der Lohnsteuerbescheinigung	206		216	
14	Bei unterjähriger Zahlung: Erster und letzter Monat, für den Versorgungsbezüge gezahlt wurden lt. Nr. 31 der Lohnsteuerbescheinigung	202	— 203	212	— 213
15	Sterbegeld, Kapitalauszahlungen / Abfindungen und Nachzahlungen von Versorgungsbezügen lt. Nr. 32 der Lohnsteuerbescheinigung (in den Zeilen 6 und 11 enthalten)	204		214	

16	Ermäßigt zu besteuernde Versorgungsbezüge für mehrere Jahre lt. Nr. 9 der Lohnsteuerbescheinigung	205		215	
17	Entschädigungen (Bitte Vertragsunterlagen beifügen.) / Arbeitslohn für mehrere Jahre	166			
18	Steuerabzugsbeträge zu den Zeilen 16 und 17	Lohnsteuer 146		Solidaritätszuschlag 152	
19		Kirchensteuer Arbeitnehmer 148		Kirchensteuer Ehegatte 149	

20	Steuerpflichtiger Arbeitslohn, von dem kein Steuerabzug vorgenommen worden ist (soweit nicht in der Lohnsteuerbescheinigung enthalten)	115			
21	Steuerfreier Arbeitslohn nach Doppelbesteuerungsabkommen / zwischenstaatlichen Übereinkommen (Übertrag aus den Zeilen 51, 70 und / oder 81 der ersten Anlage N-AUS)	139			
22	Steuerfreier Arbeitslohn nach Auslandstätigkeitserlass (Übertrag aus Zeile 66 der ersten Anlage N-AUS)	136			
23	Steuerfreie Einkünfte (Besondere Lohnbestandteile) nach Doppelbesteuerungsabkommen / zwischenstaatlichen Übereinkommen / Auslandstätigkeitserlass (Übertrag aus Zeile 80 der ersten Anlage N-AUS)	178			
24	Beigefügte Anlage(n) N-AUS			Anzahl	

25	Grenzgänger nach (Beschäftigungsland)	Arbeitslohn in ausländischer Währung	Schweizerische Abzugsteuer in SFr
	116		135

26	Steuerfrei erhaltene Aufwandsentschädigungen / Einnahmen	aus der Tätigkeit als	EUR
	118		

27	Kurzarbeitergeld, Zuschuss zum Mutterschaftsgeld, Verdienstausschüttung nach dem Infektionsschutzgesetz, Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz, Altersteilzeitzuschläge nach Besoldungsgesetzen (lt. Nr. 15 der Lohnsteuerbescheinigung)	119	
28	Insolvenzgeld (lt. Bescheinigung der Agentur für Arbeit)	121	
29	Andere Lohn- / Entgeltersatzleistungen (z. B. Arbeitslosengeld lt. Bescheinigung der Agentur für Arbeit, Elterngeld lt. Nachweis, Krankengeld, Mutterschaftsgeld lt. Leistungsnachweis und vergleichbare Leistungen aus einem EU- / EWR-Staat oder der Schweiz)	120	
30	Angaben über Zeiten und Gründe der Nichtbeschäftigung (Bitte Nachweise beifügen)		

Werbungskosten **Wege zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte (Entfernungspauschale)** **8**

31 Die Wege wurden ganz oder teilweise zurückgelegt mit einem eigenen oder zur Nutzung überlassenen privaten Kfz Firmenwagen Letztes amtl. Kennzeichen **MS-AM 888**

Regelmäßige Arbeitsstätte in (PLZ, Ort und Straße) - ggf. nach besonderer Aufstellung	Arbeitstage je Woche	Urlaubs- und Krankheitstage
32 45655 Recklinghausen, Daimlerweg 111	5	28
33		
34		
35		

Arbeitsstätte lt. Zeile	aufgesucht an Tagen	einfache Entfernung	davon mit eigenem oder zur Nutzung überlassenen Pkw zurückgelegt	davon mit Sammelbeförderung des Arbeitgebers zurückgelegt	davon mit öffentl. Verkehrsmitteln, Motorrad, Fahrrad o. Ä., als Fußgänger, als Mitfahrer einer Fahrgemeinschaft zurückgelegt	Aufwendungen für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln (ohne Flug- und Fährkosten) EUR	Behinderungsgrad mind. 70 oder mind. 50 und Merkzeichen „G“			
36 32	40	230	41	78 km	68 km	78 km	78 km	27 EUR	36	1 = Ja
37	43	44		69 km		79 km		28 EUR	37	1 = Ja
38	46	47		70 km		80 km		29 EUR	38	1 = Ja
39	65	66		71 km		81 km		30 EUR	39	1 = Ja

40 Arbeitgeberleistungen lt. Nr. 17 und 18 der Lohnsteuerbescheinigung und von der Agentur für Arbeit gezahlte Fahrtkostenzuschüsse steuerfrei ersetzt **73** EUR pauschal besteuert **50** EUR

41 **Beiträge zu Berufsverbänden (Bezeichnung der Verbände)** **51** EUR

Aufwendungen für Arbeitsmittel - soweit nicht steuerfrei ersetzt - (Art der Arbeitsmittel bitte einzeln angeben.) EUR

42 **Fachliteratur lt. Beleg 7 (aufgerundet)** **160** EUR

43 **Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer** **52** **160** EUR

44 **Fortbildungskosten - soweit nicht steuerfrei ersetzt -** **74** EUR

45 **Rhetorikkurs I (lt. Beleg 6)** **88** **299** EUR

46 **Weitere Werbungskosten - soweit nicht steuerfrei ersetzt -** **88** EUR

Flug- und Fährkosten bei Wegen zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte

47 **Kontoführungsgebühr** **16** EUR

Sonstiges (z. B. Bewerbungskosten, Kontoführungsgebühren)

49 **Reisekosten bei beruflich veranlassten Auswärtstätigkeiten** **53** **16** EUR

50 **Reisekosten bei beruflich veranlassten Auswärtstätigkeiten** **83** EUR

Fahrt- und Übernachtungskosten, Reisenebenkosten (ohne Fahrtkosten bei Firmenwagennutzung sowie Sammelbeförderung des Arbeitgebers)

51 **Vom Arbeitgeber steuerfrei ersetzt** **84** EUR

Pauschbeträge für Mehraufwendungen für Verpflegung

Bei einer Auswärtstätigkeit im Inland:

52 Abwesenheit von mindestens 8 Std. **6 €** = **EUR**

53 Abwesenheit von mindestens 14 Std. **12 €** = **EUR**

54 Abwesenheit von 24 Std. **24 €** = **EUR**

55 Bei einer Auswärtstätigkeit im Ausland (Berechnung lt. beigefügtem Blatt): **54** EUR

56 **Vom Arbeitgeber steuerfrei ersetzt** **76** EUR

Mehraufwendungen für doppelte Haushaltsführung

61 Der **doppelte Haushalt** wurde aus beruflichem Anlass begründet Beschäftigungsort _____

62 Grund _____ am _____ und hat seitdem ununterbrochen bestanden bis _____ 2011

Eigener Hausstand am Lebensmittelpunkt

63 Nein Ja, in _____ seit _____

Kosten der ersten Fahrt zum Beschäftigungsort und der letzten Fahrt zum eigenen Hausstand
 (ohne Fahrtkosten bei Firmenwagennutzung sowie Sammelbeförderung des Arbeitgebers)

64 mit öffentlichen Verkehrsmitteln _____ EUR _____ ,

65 mit privatem Kfz Entfernung in km _____ EUR Ct _____ = + _____ ,

Fahrtkosten für Heimfahrten

(ohne Fahrtkosten bei Firmenwagennutzung sowie Sammelbeförderung des Arbeitgebers)

66 einfache Entfernung ohne Flugstrecken
 km _____ Anzahl _____ x 0,30 € = _____ ,

67 Kosten für öffentliche Verkehrsmittel (ohne Flug- und Fährkosten) _____ ,

68 Höherer Betrag aus den Zeilen 66 oder 67 + _____ ,

Nur bei Behinderungsgrad von mindestens 70 oder mindestens 50 und Merkzeichen „G“:

einfache Entfernung bei Benutzung des privaten Kfz

69 km _____ Anzahl _____ x 0,60 € = _____ ,

70 tatsächliche Kosten für private Kfz und öffentliche Verkehrsmittel (lt. Nachweis) _____ ,

71 Höherer Betrag aus den Zeilen 69 oder 70 + _____ ,

72 Flug- und Fährkosten für Heimfahrten (lt. Nachweis) + _____ ,

73 **Kosten der Unterkunft am Arbeitsort** (lt. Nachweis) + _____ ,

Verpflegungsmehraufwendungen

bei einer Abwesenheit

74 von mindestens 8 Std. Zahl der Tage _____ x 6 € = + _____ ,

75 von mindestens 14 Std. Zahl der Tage _____ x 12 € = + _____ ,

76 von 24 Std. Zahl der Tage _____ x 24 € = + _____ ,

77 _____ + _____ ,

78 _____ 55 _____ ,

79 Vom Arbeitgeber / von der Agentur für Arbeit steuerfrei ersetzt 77 _____ ,

Angaben zum Antrag auf Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage

80 Beigefügte Bescheinigung(en) vermögenswirksamer Leistungen (**Anlage VL**) des Anlageinstituts / Unternehmens Anzahl _____

